

## Rezensionen

**Thomas Medicus: Heinrich und Götz George. Zwei Leben. Berlin: Rowohlt Verlag 2020, 414 Seiten, 26 Euro.**

Mit seinem Buch über Vater und Sohn George hat der Journalist und Publizist Thomas Medicus eine hervorragende Doppelbiografie über zwei Ausnahmegrößen des deutschen Films vorgelegt. Das Werk ist vorzüglich geschrieben, gut recherchiert und positioniert sich zu strittigen Themen. Zudem liefert es eine perfekte, allgemeinverständliche Einordnung in den jeweiligen zeithistorischen Kontext. Allerdings sind manche dieser erläuternden bzw. einordnenden und andere die beiden Georges wortgewaltig charakterisierenden Textpassagen sehr ab- und ausschweifend. Vielfach enthalten sie zudem unnötige Wiederholungen. Partiiell resultieren sie vermutlich auch aus der Faszination des Autors von der eigenen Fabulierkunst.

Der Schwerpunkt der Darstellung und der analytischen Betrachtungen liegt, wie nicht anders zu erwarten, auf der eigentlichen schauspielerischen Tätigkeit beider Akteure. Im Abschnitt über Heinrich George kommen als weitere thematische Akzentuierungen seine Haltung in der bzw. zur NS-Diktatur sowie als notwendige Einstimmung auf die Sohn-Vater-Problematik im zweiten Teil der Studie eine familiäre Komponente hinzu.

Die Arbeit von Medicus basiert auf einem soliden Literaturstudium, Recherchen in diversen Archiven sowie auf einem ausführlichen Gespräch mit dem Sohn und dem Bruder Jan George. Weiterhin sichtete der Autor die kinematografischen Produkte, in denen seine beiden „Helden“ mitwirkten. Parallel dazu nahm er eine Auswertung der in der Presse erschienenen zeitgenössischen Filmkritiken vor.

Auf Grundlage dieses umfänglichen Quellenmaterials beschreibt Medicus im ersten Teil der Doppelbiografie überzeugend den

ambivalenten Entwicklungsprozess, den Heinrich George vom Schauspieler in expressionistischen Dramen und Stummfilmen über den in linken Kreisen verorteten Mimen an der Theaterbühne des experimentierfreudigen Avantgardisten Erwin Piscator zum exzellenten Darsteller in NS-Propagandafilmen und dem Reichsminister Joseph Goebbels nahestehenden Intendanten des Schillertheaters durchlaufen hat. Angesichts der vielen Bühnen und Filmrollen musste der Autor Prioritäten setzen. Nicht in jedem Fall sind sie nachvollziehbar. Vergleichsweise knapp fällt zum Beispiel der Diskurs über den humanistische Grundwerte vermittelnden Film „Die Affäre Dreyfus“ aus. Ein Bezug zu seinem späteren Antipoden „Jud Süß“ – nach Auffassung einiger Publizisten ein künstlerischer Wegbereiter des Holocausts –, wird nicht hergestellt.

Nach Medicus sei für den gebürtigen Pommern Georg Schulz, der zunächst unter den Künstlernamen Heinz und dann Heinrich George auftrat, die ehemalige Festungsstadt Kolberg von schicksalhafter Bedeutung gewesen. Dort hatte er am Vorabend des Ersten Weltkrieges seine ersten Auftritte auf einer professionellen Theaterbühne, und mit dem gleichnamigen Durchhaltefilm kurz vor Schluss des Zweiten Weltkrieges endete im Ostseebad auch seine künstlerische Laufbahn.

Der Autor setzt sich permanent mit den von Werner Maser, Irmgard von zur Mühlen und anderen Publizisten kolportierten Legenden und Mythen auseinander, die George Senior u. a. als politisch naiven, von einem urwüchsigen Spieldrang beherrschten oder gar besessenen und dadurch verblendeten Künstler charakterisiert haben. An der nachträglichen „Reinwaschung“ des UFA-Stars beteiligte sich in vorderster Front auch seine Ehefrau Berta Drews, die zudem ein großes Interesse an der Beschönigung, Verleugnung und Kaschierung ihrer eigenen Rolle im Filmwesen des Dritten Reiches hatte. Nicht umsonst wurde sie nach dem Welt-

krieg dann von der amerikanischen Besatzungsmacht mit einem Auftrittsverbot belegt.

Kritisch ist anzumerken, dass auch die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen unakzeptable Retuschen am George-Bild vornahm. Erst 2021 gab es eine Korrektur. Seitdem wird auch sein Mitwirken im antisemitischen Hetzfilm „Jud Süß“ in der Dauerausstellung erwähnt.

Die Darstellung von Medicus offeriert im Einzelfall auch neue, interessante Details aus dem Leben und aus der Schaffensbiografie Heinrich Georges und schließt somit noch vorhandene Forschungslücken. Unter anderem zeigt der Autor auf, dass der angeblich von den neuen Machthabern zunächst verfemte „Kulturbolschewist“ 1933 gleichwohl eine beträchtliche Medienpräsenz entwickelt hat. Auf manchen Gebieten war sie sogar größer als zuvor. Insbesondere galt das für Hörstücke völkischer Schriftsteller im Radio und für seine Spielfilmaktivitäten. So hatten im Jahr der nationalsozialistischen Machtergreifung nicht weniger als vier Kinostreifen Premiere, in denen Heinrich George eine Hauptrolle spielte.



Bedauerlich ist, dass Medicus die mimische und dramaturgische Tätigkeit Heinrich Georges im sowjetischen Speziallager Nr. 3 in Berlin-Hohenschönhausen nicht weiter thematisiert hat. Dort inszenierte er mit anderen internierten Künstlern und Laiendarstellern Variationen klassischer Stücke und selbstgeschriebene kleine Theaterwerke. Hervorzuheben ist

besonders seine Bearbeitung des *Urfaust* in zehn Bildern, von der noch Jahrzehnte später Überlebende des Lagers mit wahrer Begeisterung berichteten. Die Anregung für diese Aufführungsidee erhielt Heinrich George offensichtlich durch Berta Drews, die Anfang Oktober 1945 in einem Kassiber berichtete, dass sein ehemaliger Lieblingsregisseur Jürgen Fehling mit dem Drama von Goethe unlängst eine Premiere hatte.

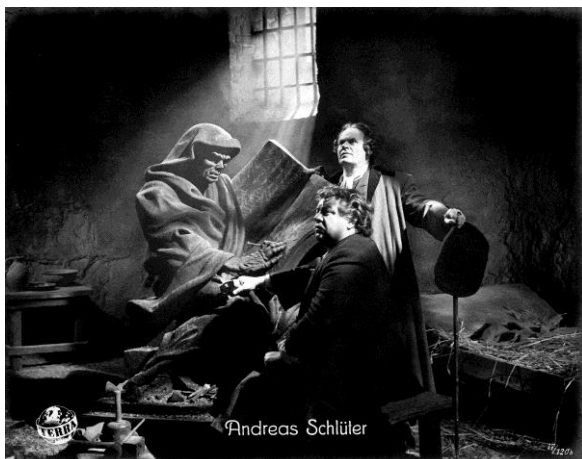
Wie Heinrich genoss auch sein jüngerer Sohn Götz George in deutschen Landen Kultstatus. Als Last und stetiger Anreiz für sein schauspielerisches Engagement wirkte, dass er bis in die 1980er Jahre hinein an der mimischen Größe seines Vaters gemessen und mit diesem verglichen wurde. Einen entsprechend anspornenden Effekt entfaltete allein schon sein Vorname, welcher den Sohn permanent an eine der größten Rollen des Vaters – Götz von Berlichingen – erinnern sollte. Später ärgerte er sich dann darüber, dass sein Vorgänger in der beruflichen Familientradition nicht die aus seiner Sicht gebührende öffentliche Anerkennung erhielt.

Die Schauspielkarriere Götz Georges begann mit einer Besetzung an der Seite von Romy Schneider und gipfelte in unübertroffenen Charakterrollen. Selbstbewusst spielte er in Antikriegsfilmen über den Zweiten Weltkrieg und übernahm in Kinostreifen die mehr als schwierigen, mit einem hohen Maß an Selbstüberwindung verbundenen Parts der NS-Massenmörder Höss und Mengele. Geehrt wurde er u. a. mit nationalen Auszeichnungen und einer Festivalprämierung in Venedig.

Ausführlich geht Medicus auf den von Götz George praktizierten außerordentlichen „Körpereinsatz“ ein, welchen dieser insbesondere in der Rolle des proletenhaften Kommissars Schimanski auslebte und was enorm zu seiner immer noch wirkenden Popularität beitrug. Der Autor spricht in diesem Zusammenhang von „einer auch genetisch bedingten Körperwucht“. Dem ist in gewissem Maße zuzustimmen. So gehörte ja auch die gekonnte Inszenierung

seiner Körperlichkeit, der eigenen körperlichen Präsenz zu den große Wirkkraft entfaltenden künstlerischen Ausdrucksmitteln von Heinrich George. Wenig bekannt dürfte in diesem Kontext sein, dass er bis in die 1920er Jahre hinein oft sogar mit nacktem Oberkörper auf der Bühne stand. Zu diesem Aspekt unterlässt der Autor leider den konkreten Vergleich mit dem Sohn. Ähnliches gilt für die Anti-<kriegsfilme und Theaterrollen Heinrich Georges, die sich mit den schrecklichen Realitäten des Ersten Weltkrieges auseinandersetzten. Auch in diesem Fall wäre eine analytische Gegenüberstellung sehr reizvoll gewesen. Ausgehend von den Ausführungen über den Vater vermisst der aufmerksame Leser ebenso greifbare Informationen über die politischen Ansichten und zu den parteipolitischen Präferenzen von Götz George. Allein diese Beispiele zeigen, dass das Werk von Medicus als Doppelbiografie gelungen sein mag, jedoch als vergleichende Lebensbeschreibung sehr lückenhaft ist.

Ein ganzer Abschnitt ist einem besonderen Filmprojekt gewidmet. Im fortgeschrittenen Alter stellte sich Götz George schließlich einer Herausforderung, die ihn schon längere Zeit umgetrieben hatte – die Verkörperung der eigenen Vaterfigur. In Vorbereitung auf dieses Vorhaben und speziell für die Aufnahmen zur Internierungsphase sprach er mit Zeitzeugen und besuchte die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen. Die differenzierende Sicht von Fachhistorikern war allerdings nicht erwünscht. Anknüpfend an die familiäre



Andreas Schüller

Erzählgeschichte über Heinrich George sah der Sohn seine primäre Aufgabe darin, den Vater so darzustellen, wie er ihn sehen wollte, nämlich verklärt und idealisiert als großen sowie moralisch integren Ausnahmehelden. Heraus kam schließlich das mit viel Medienrummel umrahmte Dokudrama „George“, in dem Götz George seinem „Vater das Geschenk eines großen posthumen Freispruchs“ machte.

*Peter Erler*

**Meinhard Stark: „Diese Zeilen sind mein ganzes Leben ... Briefe aus dem Gulag“. Berlin: Metropol Verlag 2019, 389 Seiten, 24 Euro.**

**Irina Scherbakowa: „Ich glaube an unsere Kinder. Briefe von Vätern aus dem Gulag“. Berlin: Matthes & Seitz Verlag 2019, 221 Seiten, 25 Euro.**

Im Narrativ der sowjetischen Geschichtsschreibung fanden die Schicksale von mehr als 18 Millionen Frauen und Männern, die zwischen Ende der 1920er und Mitte der 1950er Jahre in den vielen Straf- und Arbeitslagern des Gulag-Systems inhaftiert waren, keinen Platz. Ein Erinnerungsdiskurs, der ab 1945 vor allem vom Großen Vaterländischen Krieg dominiert blieb, ließ die Erinnerungen der Opfer und ihrer Nachkommen jahrzehntelang ungehört zurück.

Nur vereinzelt gaben Überlebende in autobiografischen Erzählungen genauere Einblicke in die Welt der Straf- und Arbeitslager. Spätestens mit Solschenizyn aber gelangten erste Überlieferungen an dieses düstere Kapitel der Sowjetunion auch in die breite Öffentlichkeit und legten die Dimensionen und das Leid der Betroffenen offen. Ein intensiver Austausch mit Überlebenden, ihren Familien oder Hinterbliebenen sollte erst gegen Ende der 1980er Jahre eine repressionsfreie Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ermöglichen. Im erinnerungspolitischen Diskurs des (post-)sowjetischen Raumes fanden zunehmend auch die Erinnerungen der Betroffenen Gehör.

Heute ist das komplexe Terrain der Gulag-Historie, auch aufgrund ebenjener Zeitzeugenarbeit inhaltlich und thematisch vielseitig erschlossen. Und die Fokussierung auf die Erinnerungen trägt zuletzt neue Früchte in Form zweier Publikationen von Meinhard Stark und Irina Scherbakowa: Mit ihren Bänden präsentieren sie Briefe ehemaliger Gulag-Häftlinge, die als Zeugnisse tiefster Menschlichkeit einen Einblick in die Gedanken- und Lebenswelt der Betroffenen geben (Stark, S. 15).

Waren Briefe häufig die einzig reale Verbindung zur Außenwelt, wurden sie zu einer Art Über-Lebensader der bis zu 25 Jahren Lagerhaft verurteilten Gefangenen und ihrer Familien. Trotz schwierigster Haftbedingungen fanden Korrespondenzen, u. a. auf Zigarettschachteln oder Birkenrinde verfasst (Stark, S. 98), den oft tausende Kilometer langen Weg zu den Angehörigen. In ihren Erzählungen über den Lager- und Haftalltag und das eigene Seelenleben verbinden sie das offen Gesagte und das bewusst Verschwiegene. Stellvertretend für die Gesamtheit aller Lagerkorrespondenzen rekonstruieren Stark und Scherbakowa ausgewählte Biografien. Mit sehr gelungenen Übersetzungen – die Leistungen der Beitragenden werden namentlich erwähnt (Stark, S. 9, Scherbakowa, S. Titelblatt) – zeichnen sie verschiedenste Korrespondenzen der 1930er, 1940er und frühen 1950er Jahre nach.

Für sein Editionsprojekt *„Diese Zeilen sind mein ganzes Leben ... Briefe aus dem Gulag“* konnte Meinhard Stark, Osteuropa-Historiker, auf eine beachtliche Sammlung von etwa 900 Gulag-Briefen zurückgreifen, aus welcher er den Schriftverkehr von insgesamt achtzehn Männern und Frauen publizierte (Stark, S. 8). Unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Alter oder ihrem Bildungsgrad geben die Absender Aufzeichnungen persönlicher Wahrnehmungen und Empfindungen über den harten und oft gewaltvollen Alltag

wieder. Im zeithistorischen Kontext eingebettet, zeigt die Briefauswahl eine stetige und perfide Zensur durch die sowjetischen Staatssicherheitsorgane. Was den Gefangenen in den Lagern unter der Zensur zu sagen blieb und den Inhalt unterschiedlichster Gulag-Briefe prägt, sind zunehmend Schilderungen über die Umgebung, die Natur oder Beschreibungen der Arbeit. An die Worte der Hoffnung und Sehnsucht reihen sich überdies, in beiden Bänden anhand einiger Beispiele ersichtlich, die oft verhaltenen Bitten nach Verpflegung, Kleidung oder etwas Geld: „Vielleicht wäre nur ein alter, abgetragener Strickpullover ganz praktisch. (...) Aber das ist nicht wirklich nötig. Er würde nur das Paket mit unnötigem Gewicht füllen.“, so die Litauerin Stefanija Ladigiene (Stark, S. 263).

Es sind zugleich Bitten an die Familie, nicht aufzugeben, während das eigene Leben kaum zu ertragen scheint. Berichte der Jüdin Jewgenia Ginsberg etwa geben Momente wieder, in denen sie fast metaphysisch über ihre Jahre im Lager Elgen in Magadan spricht und nach Ausdrucksformen sucht, das Erlebte zu äußern: „Und die Winterlandschaft (...) ruft Gedanken an das Universum wach, an die Anfänge der Welt, an die Bedeutungslosigkeit menschlicher Schicksale“ (ebd., S. 153). Ihren Schilderungen schließen sich zugleich Briefe und Gedanken des in Kriegsgefangenschaft geratenen Russen Iwan Solowew an, der nicht weniger ergreifend und doch weitaus schlichter seine Zeilen an seine Familie adressiert. So schreibt er im Oktober 1953, dass er die Nachrichten seiner Familie brauche „wie Brot“ (ebd., S. 294). Auch die Worte des aus der Ukraine stammenden Nicolai Scharfenberg sind erfüllt von Emotionen und lassen die tiefe Verbindung zu seiner Familie erkennen, die er mit wenigen Worten ausdrückt. In Botschaften an sein kleines Kind, benennt er dieses liebevoll „Mein Glanzäulein“ (ebd., S. 34).

Irina Scherbakowas vorgelegter Band *„Ich glaube an unsere Kinder. Briefe von*

Vätern aus dem Gulag“ konzentriert sich auf weitere vierzehn Familien und Biografien. In Form abgedruckter Briefe und Schriftstücke wird der Fokus auf die Lebensgeschichten inhaftierter Väter gelegt, die unter den Umständen ihrer Repression umkamen, ohne dass sie ihre Kinder wiedersehen (Scherbakowa, S. 12). Mit Akribie rekonstruiert die Germanistin und Kulturwissenschaftlerin die Schicksale vieler Männer und ergänzt diese mit vielen festgehaltenen Gesprächen und Erinnerungen ihrer Kinder. Im Bewusstsein, die eigenen Kinder womöglich nicht wiederzusehen, richten sich die oftmals letzten Worte der Väter insistierend an ihre Familie. In den Briefen der Wissenschaftler, Ingenieure oder Ärzte grenzt Scherbakowa den Fokus auf die Lagerbriefe noch einmal ein und gewährt bewusst einen Einblick in die Gedankenwelt vieler Intellektueller. Anders als in Starks Band kommt hier im Besonderen der oft ungebrochene Glaube der Inhaftierten an Stalin und die Sowjetmacht zum Tragen. Aus einem Brief des 1937 ermordeten Wissenschaftlers Alexej Wangenheim geht beispielsweise hervor, wie Inhaftierte Stalin auch weiter loyal und treu gegenüberstanden: „Dennoch hat mich der Glaube bisher nicht verlassen. Ich habe bereits an Gen. Stalin geschrieben, dass ich das Vertrauen in die Partei (...) nicht verloren habe und nie verlieren werde.“ Der russische Häftling Jewgeni Jablokow schreibt seinen Kindern im Jahr 1944 das letzte Mal. In vielen Briefen bat er sie, nicht zu verzagen und ihn über die stetigen Fortschritte in der Schule und im Studium zu unterrichten (ebd., S. 64). Dass Irina Scherbakowa die Erinnerungen der Tochter, die zur Forscherin der Weltraumtechnologie wurde, und anderer Nachgeborener festhalten konnte, zeigt die große Leistung in ihrer Recherche zu den einzelnen Biografien. Irina Scherbakowa gelingt es zu zeigen, wie prägend die mitunter letzten Worte für die Angehörigen sein konnten und welche Bürde sie für die Hinterbliebenen oftmals bedeuteten. Sie zeigt beiderseits die An-

strengung, das eigene Leid zu verschweigen und gleichwohl anzunehmen – einzig mit dem Ziel, die Familie moralisch zu unterstützen (Scherbakowa, S. 101). Der in Haft gelangte Chefarzt Michail Lebedew bittet seine Kinder 1938: „Ich kann Euch nicht dafür verurteilen, dass Ihr die Köpfe hängen lasst (...) Aber es ist längst an der Zeit, sich wieder aufzuraffen! Das ist ungeheuer wichtig!“ (ebd., S. 101).

Wenn gleich unterschiedliche hoffnungsvolle wie liebevolle Momentaufnahmen präsentiert werden, können Stark und Scherbakowa den schweren emotionalen Belastungen und aufreibenden Momenten großen Raum geben. Sie zeigen die emotionale Gratwanderung (Stark, S. 49), die Inhaftierte und ihre Angehörigen durchlebten. Erfolgt Korrespondenzen in immer längeren Abständen oder wurden sie gar nicht mehr zugestellt, verblieben die Inhaftierten und ihre Familien im Ungewissen – im Glauben, vergessen oder tot zu sein. So schreibt die deutsche Kommunistin Trude Richter resignierend, „dass [sie] ausgelöscht ist für alle anständigen Menschen. Tot für meine Genossen (...)“ (Stark, S. 49). Strengste Vorgaben verboten es den Inhaftierten zunehmend, über spezielle Lagerangelegenheiten zu sprechen, wenn diese den sowjetischen Staat vermeintlich diskreditierten oder sie die schrecklichen Haftbedingungen wiedergaben. Zusehends verschwanden aus den Briefen Klagen und detaillierte Schilderung über Folter und Gewalt, Hunger oder Krankheiten, ebenso die genauen Adressen und Standorte der Lager. Mitunter präsentieren beide Bände Korrespondenzen, die nach Wochen und Monaten plötzlich enden. Heute ist bekannt, was es bedeutete, wenn Gefangene zur „Haft mit Schreibverbot“ verurteilt wurden. Derartige euphemistische Formulierungen wurden von der sowjetischen Staatsführung bewusst kreiert, „um u. a. die Erschießung von mehr als 670 000 Menschen während der Terrorjahre 1937/1938 zu kaschieren und die anfragenden Familienangehörigen

zu besänftigen“ (Stark, S. 49 und Scherbakowa, S. 11).

Bei allen Inhaftierten und ihren Familien blieb immer das starke Bedürfnis nach Briefwechseln. Dass diese Sehnsucht stetig und perfide als Druckmittel durch die sowjetische Staatsführung eingesetzt wurde, können viele der abgedruckten Briefe eindrucksvoll belegen. Durch eingebettete Kommentierungen beider Autoren wird auf besondere Weise dieser Schlüsselmoment in der grausamen Politik Stalins besonders herausgearbeitet und in beiden Publikationen betont. Als Momentaufnahmen und Zeugnisse dieser großen Verbrechen hallen die Gulag-Briefe noch lange nach. Durch ihre Veröffentlichung gelingt ein außergewöhnlicher Einblick in die unterschiedlichsten menschlichen Empfindungen der Gefangenen. Dass Meinhard Stark und Irina Scherbakowa es ermöglichen, die Gulag-Briefe und auch Antwortschreiben der angehörenden Familien oder Mithäftlingen – sogar Familienbilder – zusammenzutragen, mag das größte Verdienst der beiden Bände sein. Ohne reißerische Elemente oder das Überhöhen bestimmter Schicksale lassen die Publikationen die Gefangenen und ihre Erzählungen zu Wort kommen. Aktuelle politische Bezüge sind nicht aufgeführt, erschließen sich dem Lesenden jedoch, wenn an die Proteste im russländischen Raum zu Beginn des Jahres 2021 gedacht wird, die an die aktuell inhaftierten und in Straflager gefangenen Menschen erinnern. Hier sei insbesondere an die Frauen der Punkband Pussy Riot, Alexey Nawalny oder die teils noch minderjährigen Protestierenden des Netzwerkes „Set“ zu denken.

*Sarah Brumm*

**Inga Markovits: Diener zweier Herren. Berlin: Ch. Links Verlag 2020, 240 Seiten, 20 Euro.**

Inga Markovits, deutschstämmige Juristin, beschäftigt sich seit beinahe 60 Jahren mit dem Justizwesen der DDR; sie siedelte

in die USA über, als „Benno Ohnesorg erschossen wurde“, erzählte sie Christian Booß in einem am 20. Oktober 2020 geführten Streaming-Gespräch. Den in der SBZ und dann in der DDR agierenden Juristen bringt sie ungewöhnlich viel Empathie entgegen, nicht Sympathie, wie sie in dem erwähnten Gespräch versicherte. Ein Grund könnte „Mitleid“ mit den DDR-Juristen sein – ihnen sei es nach der Wende besonders schlecht ergangen. In ihrem neuen Buch konzentriert sie sich auf Hochschullehrer, die an der Berliner Humboldt-Universität (HUB) gewirkt haben. Ihre Leitfrage sei gewesen: „Was glaubten die HUB-Juristen, und was wurde aus diesem Glauben in 40 Jahren DDR?“ Um das Verhalten dieser Personengruppe dem Leser verständlich zu machen, habe sie ihrer Darstellung eine „Rashomon“-Projektion zugrunde gelegt: Dieselben Personen und Ereignisse werden in drei Geschichten aus unterschiedlicher Perspektive dargestellt – es geht um „Anpassung und Unterwerfung“, dann um „mürrisches Ausweichen und Unterwandern der Partei“ und schließlich um den „Verschleiß des Glaubens an den Sozialismus“. In Einzelfällen mag diese Darstellungsweise sinnvoll sein, nicht aber als durchgängiges Konzept einer wissenschaftlichen Untersuchung. Die Bedeutung politischer und staatlicher Institutionen und ihres leitenden Personals, die dem Leser verstreut an einigen Stellen begegnen, erschließt sich dem Leser oft nicht.

Sie habe lange in den in Frage kommenden Berliner Archiven gearbeitet, nach ihrem Eindruck könne von einem „Schlaraffenland für Wissenschaftler“ gesprochen werden, lediglich in der Stasi-Unterlagenbehörde habe es Probleme gegeben. Ob sie dort auch einen Antrag auf Einblick in ihre Unterlagen gestellt hat, erwähnt sie nicht. Die Materialfülle habe ihr erlaubt, wie in einem „Tagebuch des Partei- und Regierungsalltags“ zu lesen – dies sei die Voraussetzung für ihr Buch gewesen. Auf einschlägige neuere Sekundärliteratur habe sie verzichtet, davon hätte sie sich

keinen Erkenntnisgewinn versprochen, stellte sie gegenüber Booß klar. Mit einigen ihrer „HUB-Protagonisten“ (der Terminus „meine Protagonisten“ begegnet dem Leser auf nahezu jeder Seite) hat sie zur Vorbereitung ihres Manuskripts gesprochen bzw. telefoniert, wobei sie bei noch lebenden Personen „sehr vorsichtig“ gewesen sei. Sie übernimmt aber auch Gespräche und Äußerungen aus den durchgesehenen Unterlagen oder aus der verwendeten Literatur, wobei entsprechende Passagen nicht immer eindeutig gekennzeichnet sind. Sie habe auf einen dafür eigentlich erforderlichen „Berg von Fußnoten“ verzichtet – wer es genauer wissen wolle, könne bei ihr nachfragen. In sehr vielen – auch völlig unproblematischen – Fällen verzichtet sie auf Namensnennung. In ihrem früheren Buch *Die Abwicklung* hatte sie dies (bzw. Namensänderungen) damit begründet, dass sie die Karrierechancen dieser Personen nicht beeinträchtigen wollte; ein nachvollziehbarer Grund ist gegenwärtig nicht evident.

Aus ihrer Sicht ist, da beispielsweise das BGB bis 1975 im Wesentlichen gegolten habe, das „Rechtssystem (der DDR) jahrzehntelang weitgehend dasselbe wie in der Bundesrepublik“ gewesen, das treffe auch für das Denken und die Methodik der Juristen zu. In einer Anmerkung nimmt sie davon lediglich die Beziehungen zwischen Bürgern und der sozialistischen Verwaltung aus. Auf eine „Besonderheit“ der Verhältnisse in der DDR weist die Verfasserin – anhand einer Definition des Rechts in den sechziger Jahren – allerdings hin: Es sei ein „Machtinstrument des Staates zur Durchsetzung der jeweiligen Parteibeschlüsse“ gewesen. Wenn sie an anderer Stelle schreibt, die DDR-Juristen hätten sich täglich entscheiden müssen, welchem der „beiden Herren“ zu dienen sei, dürften viele Leser den theoretischen Ansatz der Verfasserin in Frage stellen.

Bei der Darstellung der Ulbricht-Zeit (ein Ziel sei die Schaffung einer „Versorgungsgesellschaft“ gewesen) spielen die

Jahre 1953 (im Zusammenhang mit den Ereignissen am 17. Juni hätten sich ihre „Protagonisten“ herausgehalten) und 1956 eine wichtige Rolle. Markovits behauptet: „Jedermann an der HUB hörte RIAS und wusste, was im Ostblock los war.“ Als einige Juristen begannen, Reformvorstellungen zu entwickeln, habe Ulbricht diesen mit der Babelsberger Konferenz (April 1958) einen Riegel vorgeschoben. Die meisten Leser werden überrascht sein, zu erfahren, dass Ulbricht erst zu diesem Zeitpunkt – mit der Abschaffung des Verwaltungsrechts – die Gewaltenteilung in der DDR aufgehoben habe. Ulbricht sei es sowohl um „ideologische Disziplin“ als auch um die „sozialistische Menschengemeinschaft“ gegangen. Ausführlich geht Markovits auf Ulbrichts Rechtsreform – den „Rechtspflegeerlass“ – ein.

Markovits ist davon überzeugt, dass sich das Leben in der DDR und die Arbeitsmöglichkeiten der Juristen nach dem Machtübergang von Ulbricht auf Honecker deutlich verbessert hätten – für sie sind es die „pragmatischen Honecker-Jahre“, auch das „wissenschaftliche Klima“ habe sich deutlich verbessert. Die Juristen konnten „das Gefühl haben, wieder etwas zu gelten.“ Dass bereits ab Oktober 1971 – obwohl es die Zeit des beginnenden deutsch-deutschen Dialogs und der Vorbereitung der Helsinki-Konferenz ist – das Strafrecht kontinuierlich verschärft worden ist, hat Markovits offenbar nicht wahrgenommen; vermutlich ist ihr auch entgangen, dass in den Jahren 1978 bis 1980 geheime „B-Strukturen“ für das Funktionieren der Justiz im Ernstfall erarbeitet worden sind. Juristen wurden zu Gesetzgebungsverfahren hinzugezogen, konnten in Z- und M-Projekten (in Regie des ZK der SED bzw. des Justizministeriums) an wichtigen Themen mitarbeiten, hatten außerdem „Sonderaufträge“ zu bearbeiten. Wer sich nicht zu stark exponieren wollte, konnte sich in den „Elfenbeinturm“ der Universität zurückziehen – behauptet sie. Wer etwas publizierte, musste freilich sehr vorsichtig sein – und sich am

besten „oben“ absichern. Bestrafungen von Juristen wegen angeblicher „professioneller Fehler“ habe es in den achtziger Jahren nicht mehr gegeben. Der generelle Trend: Das „Recht“ und die „Rechte“ (der Bürger) wurden zunehmend „gesellschaftsfähig“, das „Rechtsbewusstsein“ der Bevölkerung entwickelte sich.

Sehr problematisch erscheinen dem Rezensenten die Äußerungen Markovits' zum „Informationsmechanismus“ (Wochenberichte, Mitteilungen über „besondere Vorkommnisse“ – parallel zu den speziellen Meldepflichten der SED-Genossen) und zur Rolle der MfS. Die Verfasserin ist sich über die Sicherheitsdoktrin des Systems hinsichtlich der Universitäten durchaus im Klaren. Sie erwähnt eine Anordnung der ZK-Abteilung Wissenschaften, wonach an allen Universitäten die „tägliche Verbindung mit den für unsere Bereiche verantwortlichen Genossen der Sicherheit gewährleistet“ sein muss – ein Beleg für die Verbindung von SED und MfS. Markovits behauptet, der „Melder“ konnte entscheiden, was er meldete, lediglich bei besonders wichtigen Ereignissen sollten alle beteiligten Stellen möglichst koordiniert berichten. Sie versteigt sich zu der Behauptung, der „Informationsmechanismus“ sei für die Überwachen oft nützlicher als für die Überwacher gewesen – eine Begründung sucht der Leser vergebens. Für die Bereitschaft, als IM für das MfS zu arbeiten, habe es sehr unterschiedliche Gründe gegeben; man habe auch problemlos – durch Nichterscheinen – wieder aussteigen können (diesen Weg hätten auch SED-Genossen gehen können). Dass zwei Äußerungen zu IM-Aktivitäten widersprüchlich sind, entgeht Markovits. Einmal heißt es, alle Angehörigen der Juristischen Fakultät hätten gewusst, dass über sie berichtet wird – im nächsten Satz wird behauptet, jedem sei klar gewesen, mit wem er offen reden könne. Öfter ist unklar, ob es sich um IM-Berichte oder um Einschätzungen von MfS-Angehörigen handelt.

In ihren Schlussfolgerungen verneint die Verfasserin die Frage, ob die DDR-Juristen besonders „ideologiefähig“ gewesen seien – sie möchte sie eher als „ideologie-unbegabt“ charakterisieren; sie hätten erstaunliche Fähigkeiten entwickelt, ihr „Mäntelchen nach dem Wind zu hängen“. Aber es ist auch vorgekommen, dass Leiter des Justizministeriums „liberaler“ als HUB-Juristen gewesen sind, die aus ihrem ideologischen Korsett nicht herauskommen konnten. Der Leser wird damit überrascht, dass Markovits fast die Hälfte des Schlusskapitels der Rechtsentwicklung im Dritten Reich widmet. Unter Bezugnahme auf Ernst Fraenkel (*Der Doppelstaat*) führt sie aus, dass seinerzeit der „Maßnahmenstaat“ immer weiter – zu Lasten des „Normenstaates“ – expandiert sei. Sie bedauert, dass es kaum Forschungen über den Normenstaat im Dritten Reich gebe. In der DDR sei der Entwicklungstrend umgekehrt verlaufen: Der „Normenstaat“ sei immer bedeutsamer geworden – ein klarer Beweis für eine Entwicklung in Richtung „sozialistischer Rechtsstaat“. Ihr Fazit: „An der wachsenden Verrechtlichung hatten alle Juristen einen wichtigen Anteil“.

Der Rezensent möchte abschließend festhalten: Wer sich bislang für die Geschichte der DDR und ihres Justizwesens wenig interessiert hat, erhält durch die Lektüre des Buches kein zutreffendes Bild der „juristischen Landschaft“ der DDR.

*Bernd Knabe*

**Julia Lischka: Umgang mit Unrecht – Die Aufhebung von während der NS- und DDR-Zeit ergangenen strafrechtlichen Unrechtsurteilen. Hamburg: Verlag Dr. Kovač 2021, 198 Seiten, 88,90 Euro.**

Bei der Arbeit handelt es sich um eine Dissertationsschrift des Fachbereichs Rechts- und Wirtschaftswissenschaften der Universität Mainz aus dem Jahr 2020. Inhaltlich geht es um die Aufhebung von strafrechtlichen Unrechtsurteilen, die während



der Zeit des Nationalsozialismus und in der DDR erlassen wurden. Richtig erkennt die Autorin, dass es in den vergangenen hundert Jahren in Deutschland eine NS-Führerdiktatur und, in Teilen des Landes, ein sozialistisches Regime, jeweils ohne Rechtsstaat, gab. Lischka erläutert, dass weder Gestapo noch Staatssicherheit einer gerichtlichen Kontrolle unterzogen waren. In der Einleitung ihrer Arbeit fordert Lischka klare und effektive Regelungen zum Umgang mit Unrechtsurteilen und begründet dies mit „wachsender Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ sowie dem „Rechtsruck in der Gesellschaft“. Die „Schattenseite der deutschen Geschichte“ scheint in Vergessenheit zu geraten. Nun sollte die heutige Situation nicht als Begründung dazu dienen, sich mit Unrechtsurteilen und deren Aufarbeitung zu befassen. Diese Notwendigkeit besteht sowieso. Das macht Lischka dann im späteren Teil ihrer Arbeit auch klar. Sie legt dar, dass die DDR-Unrechtsurteile nach der Wiedervereinigung innerhalb weniger Jahre „ohne übermäßig kontroverse Diskussionen aufgehoben“ wurden. Dabei schien es niemandem aufzufallen, dass ein Großteil der NS-Unrechtsurteile noch Bestand hatte. In der Tat wurden viele dieser Urteile erst aufgearbeitet, als das Thema DDR bereits verarbeitet war. Die Gesetzgebungsprozesse liefen, wie Lischka richtig feststellt, nebeneinander und unabhängig voneinander ab.

Die Arbeit beschäftigt sich zum größten Teil mit der Entstehung und Aufhebung von Unrechtsurteilen aus der NS-Zeit (S. 15–127). Zur DDR folgen 31 Seiten, wobei es nur auf fünfzehn Seiten um die eigentliche Aufhebung von Urteilen der Strafjustiz geht. Überzeugen kann die Darstellung leider nicht. Bereits einfache Fakten enthalten Ungenauigkeiten. So wird die Wiedervereinigung teilweise auf „1989/90“ datiert (S. 164), an anderer Stelle auf den 9. November 1989 (S. 128). Das Staatsgebiet der DDR wird anhand von fünf heutigen Bundesländern umschrieben, wobei Berlin-Ost unerwähnt

bleibt. Lischka erklärt, in der DDR habe es im Strafverfahren zunächst drei, später zwei Instanzen gegeben. In den nachfolgenden Sätzen zählt sie dann aber die bis zum Ende der DDR bestehenden drei Instanzen auf (Kreisgerichte, Bezirksgerichte, Oberstes Gericht; S. 130). Die Autorin behauptet, durch das Strafrechtsergänzungsgesetz von 1957 seien in der DDR neue politische Straftatbestände in das fortgeltende (R)StGB eingefügt worden (S. 132 f.). Das stimmt jedoch nicht. Das Strafrechtsergänzungsgesetz schuf eigenständige Sondertatbestände, änderte aber am Wortlaut des (R)StGB nichts. Später ordnet dann auch Lischka die von ihr zunächst im StGB verorteten Vorschriften dem Strafrechtsergänzungsgesetz zu (S. 135 ff.). Dass es in der DDR mehrere Verfassungen gab, macht die Autorin ebenso wenig deutlich, sondern spricht missverständlich immer nur von „Verfassung“. Ein weiterer Mangel der Arbeit ist, dass als Belege oft nicht die Originalquellen, sondern zusammenfassende Arbeiten genannt werden. Überhaupt werden größtenteils nur bekannte Fakten referiert.

Das Resümee wartet mit einer steilen Schlussfolgerung auf für eine Arbeit, in der es um NS- und SED-Unrecht geht: „Nicht jede Strafrechtsänderung hat das Entstehen vom Unrechtsurteilen zur Folge. Sie sind in einem funktionierenden Rechtsstaat – glücklicherweise – eher die Ausnahme als die Regel.“ (S. 172 f.). Auf der gleichen Seite heißt es, wenn es um die Verfolgung Homosexueller geht, heute könnten diese eingetragene Lebenspartnerschaften eingehen. Das ist falsch. Eingetragene Lebenspartnerschaften können seit 2017 nicht mehr eingegangen werden, weil die Partner jetzt heiraten können, Paragraph 1 Lebenspartnerschaftsgesetz. Das hätte in einer im Jahr 2020 fertiggestellten Arbeit bekannt sein müssen. Alles in allem liegt die Arbeit in ihren grundsätzlichen Bewertungen zu den deutschen Diktaturen zwar richtig. Die Erkenntnisse können aber aufgrund der deskriptiven

Herangehensweise nur wenig neue Gedanken beitragen. Hinzu kommen die erwähnten Darstellungsmängel, die sich auch im Teil zur NS-Zeit finden. Beispielsweise wurde Harry Haffner nicht im Februar 1945 zum Präsidenten des Volksgerichtshofes ernannt, sondern im März desselben Jahres (S. 30). In beiden Teilen der Arbeit, zu NS und DDR, wird zudem wichtige Standardliteratur nicht in die Darstellung einbezogen. Zum Forschungsfortschritt über die Aufhebung von Unrechtsurteilen trägt die Dissertation daher leider nicht bei.

Jochen Zenthöfer

**April Eisman/Gisela Schirmer (Hrsg.): Kunst und Politik: Jahrbuch der Guernica-Gesellschaft, Band 22/2020 Schwerpunkt: Kunst in der DDR – 30 Jahre danach. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 158 Seiten, 18,99 Euro.**

Im Februar erschien das Jahrbuch der Guernica-Gesellschaft *Kunst und Politik* mit dem Themenschwerpunkt „Kunst der DDR – 30 Jahre danach“.

Die Guernica-Gesellschaft wurde 1985 von Jutta Held in Osnabrück gegründet und sitzt inzwischen in Karlsruhe. Ihren Namen trägt sie nach Pablo Picassos berühmtem Gemälde „Guernica“, einer Anklage der Schrecken des Krieges. Sie publiziert Beiträge zur kunsthistorischen Forschung in Bezug auf die Politik des 20. Jahrhunderts – etwa zur Kunst im Spanischen Bürgerkrieg, zu den Künstlern im Exil zwischen 1933 und 1945, zur Geschichte der Kunstgeschichte im Nationalsozialismus und in der Bundesrepublik Deutschland, über Realismus, über Begrifflichkeiten der marxistischen Kunstkritik. Zur Kunstgeschichte der DDR erschienen in der Schriftenreihe der Gesellschaft grundlegende Monografien von Gabriele Saure über Horst Stempel und von Gerd Brüne über Fritz Cremer. Die DDR als solche stand bislang noch nicht

im Fokus der Publikationen der Gesellschaft.

Herausgeberinnen des vorliegenden Bandes sind April Eisman, deren Monografie *Bernhard Heisig and the Fight for Modern Art in East Germany* 2018 erschienen ist, und Gisela Schirmer, Verfasserin mehrerer Werke über Willi Sitte, Co-Autorin seiner soeben neu wiederaufgelegten Autobiografie *Farben und Folgen*.

Im Vorwort des Bandes erinnert Gisela Schirmer an die Auseinandersetzungen der Nachkriegszeit und stellt fest: „Wie sie [die Kunst, d. A.] im Osten für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft durch Partei und Staat in den Dienst genommen wurde, ist hinlänglich bekannt. Heute ebenfalls bekannt, aber nur wenig problematisiert werden die geheimen Bemühungen der CIA um die kulturelle Vormachtstellung des Westens.“ In der Anmerkung erscheinen das 2001 publizierte Werk von Frances Stonor Saunders: *Wer die Zeche zahlt ... Der CIA und die Kultur im Kalten Krieg* sowie der Katalog zur Ausstellung „Parapolitik: Kulturelle Freiheit und Kalter Krieg“ im Berliner Haus der Kulturen der Welt 2017/2018. Als bekannt vorausgesetzt und nicht genannt werden grundlegende Forschungen zur Kunst- und Kulturpolitik der DDR wie etwa Joachim Walthers Klassiker *Sicherungsbereich Literatur* und die 2000 von Klaus Schröder und Hannelore Offner herausgegebene Publikation *Eingegrenzt – Ausgegrenzt: Bildende Kunst und Parteiherrschaft in der DDR 1961–1989* mit den Beiträgen u. a. von Hannelore Offner, Andreas Karl Öhler und Hannes Schwenger.

Weiter im Vorwort: „Verbunden mit den Kampfbegriffen Frieden und Freiheit entwickelten sich einander ausschließende Kunstauffassungen, die sich im Westen als autonom verstand, im Osten dagegen die gesellschaftliche Verantwortung des Künstlers ins Zentrum rückte.“ Die Formulierung „sich als autonom verstand“ im Zusammenhang mit „geheimen Bemühungen der CIA“ lässt aufhorchen. Waren demnach westliche Künstler vielleicht gar

nicht so autonom, wie man dachte? Agenten, ohne es zu wissen? Marionetten, blind und taub? Ganz anders also als die Künstler im Osten, die ihrerseits auch manchmal Agenten waren – aber mit Absicht? Aber zurück zum Text: Sind künstlerische Autonomie und gesellschaftliche Verantwortung Prinzipien, die einander ausschließen? Haben sowjetisch-sozialistische Künstler wirklich auf Autonomie verzichtet? Aber wenn es so gewesen wäre, was bedeutete das für ihre Arbeit?

Es folgt ein Hinweis auf einige neuere Ausstellungen über die Kunst der DDR „die sich jedoch immer zur westlichen Kunstauffassung bekennen. Wortführer sind vor allem Kuratoren der jüngeren DDR-Generation, die die östliche Kunstgeschichte von ihrem Ende her beurteilen und ihre unterschiedlichen Phasen kaum berücksichtigen.“ Ein Hinweis auf die von Eugen Blume und Christoph Tannert kuratierte Ausstellung „Gegenstimmen“ im Berliner Martin-Gropius-Bau 2016 und auf die Ausstellung „Point of no Return“ von Paul Kaiser, Christoph Tannert und Alfred Weidinger 2019 in Leipzig. Im vorliegenden Band also geht es um die Kunst im Sinne der staatlich geförderten Kunst der DDR.

Eine Einführung als Überblick gibt Gerd Dietrich in seinem Aufsatz „Die Aporien des Sozialistischen Realismus“. Um die inhaltliche Auslegung dieser für die Kunst- und Kulturpolitik der DDR grundlegenden, polemisch gegen die „Dekadenz“ des „Westens“ gesetzten formalen Anweisung wurden stets Diskussionen geführt. Der Autor skizziert deren Verlauf vom Erscheinen des Begriffs „Sozialistischer Realismus“ in einem Leitartikel einer Moskauer Zeitung im Jahr 1932 über die Durchsetzung dieser Verordnung in den frühen Jahren der DDR und die folgende Auflösung ihrer Verbindlichkeit bis zum Verschwinden des Leitbegriffs aus der theoretischen Literatur in den 1980er Jahren.

Zugleich wird knapp die Kunstgeschichte der DDR umrissen – dazu zählt der Autor

rückblickend auch die „Entwicklung neuer Zeichensysteme durch A. R. Penck und Carlfriedrich Claus“, beides Künstler, die nicht als Vertreter des Sozialistischen Realismus galten und nicht staatlich gefördert wurden. A. R. Penck, musste die DDR sogar letztlich verlassen. Weiter erwähnt ist: die „zögerliche, doch zunehmende Hinnahme einer Kunst jenseits des staatlich oktroyierten Wertesystems.“ Eine Frage der Perspektive.

Hervorgehoben wird die Ausstellung „Weggefährten-Zeitgenossen“ zum 30. Jahrestag der DDR, in der die Kuratoren Güntner und Ursula Feist versuchten, einige Künstler, die in der Sowjetisch Besetzten Zone wirkten, dann aber als „Formalisten“ verdrängt worden waren, im Rahmen der großen Retrospektive als Wegbereiter in eine Kunstgeschichte der DDR wiederum zu integrieren. Ganz so harmonisch, wie man beim Lesen des Absatzes vielleicht meinen möchte, verlief diese Geschichte jedoch nicht. Die ambitionierte Konzeption dieser Retrospektive, im Versuch, alte Gräben zu überbrücken, hat damals wiederum zu zermürbenden Konflikten geführt.

Aus der späteren DDR, der Zeit des Verlassens des Sozialistischen Realismus, erzählt aus einer eher pragmatischen Perspektive Rüdiger Küttner: „Kunsthandel in der DDR. Geschichte und Geschichten eines Zeitzegen. Die Phantasie ist schlimmer als die Wirklichkeit“. Erinnerung in Assoziationen, Stimmungsbericht, Einschätzungen, Anekdoten – über Zusammenhänge des Staatlichen Kunsthandels der DDR mit dem Volkseigenen Handelsbetrieb Antiquitäten und die Kunst- und Antiquitäten GmbH, über Personalien, über die internationale Zusammenarbeit im Kunsthandel. Kurz: Es ging um Devisen.

Als Zeitzegen schreibt auch Peter Michel: „Kompendium der DDR-Kunstgeschichte: Die Zeitschrift Bildende Kunst. Ein Chefredakteur erzählt“. Seine Erinnerungen beziehen sich auf seine berufliche Tätigkeit als Chefredakteur der Zeitschrift

*Bildende Kunst*, dem Organ des Verbands Bildender Künstler der DDR, von 1974 bis 1987. Er beschließt seinen Beitrag mit einem Bekenntnis: „Die DDR war für mich – wie z. B. für Willi Sitte und viele andere Künstler – auch eingedenk ihrer Fehler und Schwächen das bessere Deutschland. Die Bildende Kunst ist nicht wiederholbar, solange kapitalistische Bedingungen das Leben bestimmen.“

Der folgende Beitrag von Martin Papenbrock „Westbesuche. Die Tendenzen und der Verband Bildender Künstler Deutschlands in den Jahren 1965/66“ gibt Einblick in einen Aspekt der innerdeutschen Beziehungen in der Kunst in den ersten Jahren der Entspannungspolitik: Es geht um die aus dem in der Bundesrepublik verbotenen „Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ hervorgegangene Künstlergruppe „Tendenz“ und um deren Zeitschrift *tendenzen* um den Augsburger Maler Carlo Schellemann und den Kunsthistoriker Richard Hiepe. Behandelt wird dabei vor allem um das 1965 erschienene Sonderheft *Künstler in der DDR*, das wegen seiner etwas kritischen Darstellung aktueller Debatten innerhalb der labilen DDR zu Auseinandersetzungen führte. In eben diesem Jahr zeigte der aufstrebende Maler Willi Sitte aus Halle seine erste Einzelausstellung in der Bundesrepublik Deutschland, in Richard Hiepes „Neuer Münchner Galerie“. Erwähnt werden außerdem einige Ausstellungen der Künstlergruppe „Tendenz“ in mehreren Städten der DDR sowie die deutsch-deutsche Ausstellung „Situation 66“ in Augsburg.

Es folgt Gisela Schirmers Beitrag „Willi Sitte und A.R. Penck: Zwei selbstbewusste Künstlerpersönlichkeiten treffen aufeinander“. Wiederum geht es um Willi Sitte, zu dessen 100. Geburtstag im Herbst in Halle eine Retrospektive geplant ist. Der international bekannte Historienmaler war von 1974 bis 1988 Präsident des Künstlerverbandes der DDR, in den sich der international noch besser bekannte A. R. Penck nicht integrieren konnte.

Ende der 1970er Jahre kam es zur Auseinandersetzung, in deren Folge A. R. Penck 1980 die DDR verließ. Mit Zitaten aus den Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes macht sie dessen bedrängte Lage anschaulich. Sie verteidigt dabei den Präsidenten und auch dessen Blick auf einen Künstler, der ihn forderte.

April Eisman dokumentiert in ihrem Beitrag „Art and Controversy in Dresden: Angela Hampel and Steffen Fischer’s Mural fort the Jugendclub ‚Eule‘ (1987)“ die Geschichte eines Kunstwerks in der späten DDR. Das neo-expressionistische Wandbild „Jugend in Ekstase“ von Angela Hampel und Steffen Fischer für einen Dresdner wurde in Zusammenarbeit mit dem Büro für Architekturbezogene Kunst gestaltet. Tanzende waren dargestellt, auch Nackte. Die Freie Deutsche Jugend von Dresden-Mitte war davon nicht begeistert. Im Sommer 1990 wurde das Bild von Mitarbeitern des Jugendclubs eigenmächtig übermalt und damit zerstört.

Angelika Weißbach stellt in ihrem Beitrag: „Spuren. Suche. Entdeckungen – Ein grafisches Mappenwerk zwischen Auflösung und Neuformierung im Jahr 1990“ schließlich ein letztes Werk aus der DDR vor. Zum 100. Geburtstag des expressionistischen Dichters, Moskau-Emigranten, Gründers des „Kulturbundes der demokratischen Erneuerung Deutschlands“ und ersten Kulturministers der DDR Johannes R. Becher im Jahr 1991 plante der Kulturbund ab 1989 die Herausgabe einer Grafikmappe. Die Arbeit wurde unter komplizierteren Bedingungen noch über den Beitritt der DDR hinaus fortgesetzt und vollendet, als in Erinnerung an den Jubilar, aber auch im Nachdenken über die Zeitläufte – „Die Geschichte geht weiter“.

Abschließend einige Beiträge ohne unmittelbaren Bezug zum Rahmenthema. Anna Greve untersucht in „Der Europa-Mythos in der Kunst: Identität – Krise – Ambivalenz im 20. und 21. Jahrhundert“, beschreibt das Motiv „Europa und der Stier“ in mehreren Werken und berücksichtigt besonders die traditionell weiß porträtierte

Hautfarbe der Europa. In einem weiteren Aufsatz „Museen in Zeiten von Corona: Ändert sich der gesellschaftspolitische Auftrag?“ diskutiert sie das Museum als Objektarchiv.

Martin Papenbrock dagegen blickt zurück und untersucht in seinem Aufsatz „Die Liebe ist die Freude der Armen‘: Zuneigung und Intimität als soziale Motive in Bildern der zwanziger Jahre“ Gemälde von Malern der Arbeiterbewegung: Hans Baluschek, Conrad Felixmüller, Hans Grundig, Max Lingner und Werner Hofmann: Am Ende des Bandes steht sein Nachruf auf den Mitbegründer und späteren Vorsitzenden der Guernica-Gesellschaft Norbert Schneider.

Das Jahrbuch enthält interessante Beiträge zur Forschung, etwas weniger zur Kunst der DDR als vielmehr zu den Bedingungen, in denen sie stattfand. Im Ganzen lässt sich der Band aber auch fortlaufend lesen, als eine erzählende Komposition in mehreren Stimmen. Der Tenor ist mitunter nostalgisch. Eine die Kunst- und Kulturpolitik der DDR „trotz alledem“ bejahende Perspektive wird verteidigt. Die zeitliche Distanz eröffnet aber auch ein weites Feld der Reflexion.

*Felice Fey*

**Alba D’Urbano und Tina Bara: Covergirl: Wespen-Akte. Geschichte(n) eines Bildes, eine Erzählung. Leipzig: Spector Books 2019, 32 Euro, 291 Seiten.**

Der Stoff hätte Anlass zu einem Abrechnungsbuch geben können: mit der Stasiunterlagenbehörde, dem Kunstmarkt und einer DDR-Aufarbeitung, die mehr ihren eigenen Vorannahmen als den Zeitzeugen folgt. Tina Bara, Professorin für künstlerische Fotografie an der Hochschule für Grafik und Buchkunst Leipzig, entdeckte im Juli 2007 im Büro ihrer Kollegin Alba D’Urbano ein Nacktfoto von sich als Titelbild eines Kunstkatalogs. Das Bild war 24 Jahre alt und stammte von einem Treffen der Ost-Berliner Gruppe der Initiative

Frauen für den Frieden im mecklenburgischen Bollewick, bei dem auch spontan nackt gebadet wurde. Fotografin dieses und weiterer Portraits bei dem Treffen sowie der Badeszenen war Katja Havemann, entwendet hatten MfS-Mitarbeiter die Bilder 1983 bei einer Haussuchung in Ulrike Poppes Wohnung. Zur Vorbereitung ihrer Ausstellung „Zimmer, Gespräche“ (2007) in der Galerie für Zeitgenössische Kunst in Leipzig, in deren Zentrum das filmische Re-Enactment eines konspirativen IM-Treffens stand, bekam die spanische Video- und Installationskünstlerin Dora Garcia von Mitarbeitern der BStU unter anderem auch Kopien dieser beschlagnahmten Fotografien vorgelegt. Seitens der Stasiunterlagenbehörde wurde dabei, wie es in einem Brief an Tina Bara heißt, der „höchstpersönliche Privatbereich“ (S. 54) geschützt, indem die Augen durch Balken unkenntlich gemacht wurden. Garcia erwarb die Fotografien und verwendete sie für ihr Ausstellungsprojekt. Da die Behörde ihr Informationen über den Kontext verweigerte, ging sie allein vom Visuellen aus und betitelte sie mit „Woman, naturist meeting, end of the seventies“. Einmal von privaten Aufnahmen über den Umweg als Beweismaterial in einem Operativen Vorgang zu gerahmten Kunstobjekten geworden, fanden sie im Oktober 2007 Eingang in die Kunstmesse Art Forum Berlin, wo sie von zwei Galeristen aus Paris und Amsterdam für 4 600 bzw. 5 000 Euro angeboten wurden. Der Vorgang hatte sich unterdessen bei den Frauen der Friedensgruppe herumgesprochen, ihre Entrüstung aber auch ihr Gefühl des Kontrollverlusts angesichts der Verkaufschau muss einschneidend gewesen sein, denn sowohl bei der Beschlagnahmung durch die Stasi als auch für den Kunstmarkt waren Schaulust und Voyeurismus unverkennbare Motive. Tina Bara bringt dies auf den Punkt, wenn sie schreibt, dass sie sich „als Covergirl im Kunstkontext“ (S. 9) wiedererkannt hat.

Aber es ist kein Abrechnungsbuch geworden und das macht *Covergirl: Wespen-*

*Akte. Geschichte(n) eines Bildes, eine Erzählung* erst interessant, denn im Zentrum steht, so Bara, der „medienreflexive und künstlerische Diskurs“ (S. 63), der sich Fragen nach den Grenzen der künstlerischen Aneignung, nach dem verantwortungsvollen Umgang mit Archivmaterialien, nach dem Verhältnis von Werk und Dokument sowie nach den Möglichkeiten der Wiederaneignung bzw. Sichtbarmachung von historischen Erfahrungsebenen jenseits der Oberflächenwirklichkeit der Bilder stellt. Das in Reaktion auf den konstatierten falschen Umgang mit ihren Bildern entstandene langjährige Ausstellungs-, Film- und Buchprojekt konzipierten und bestritten Tina Bara und Alba D’Urbano gemeinsam, wobei letztere, als in Italien geborene Künstlerin und Professorin für Medienkunst, die (wenn auch nicht unbeteiligte) notwendige Außenperspektive eingenommen hat.

Der medienreflexive und künstlerische Diskurs wurde auf eine multimediale und multiperspektivische Weise geführt, im Buch mittels narrativer Texte, Interviews mit den beteiligten Frauen, der Dokumentation der Briefwechsel mit Dora Garcia und der BStU, eines Expertengesprächs und Biografien, aber auch mit künstlerischen Bearbeitungen der Fotografien, aktuellen Aufnahmen und Dokumentationsfotos von eigenen und fremden Ausstellungsprojekten. Man muss sich als Leserin und Leser auf diese spezifischen Erzählweisen des Buches einlassen, das auch in seiner Gestaltung ungewöhnlich ist. Eingebunden in einen silbernen Umschlag sind Seiten von verschiedener Papierqualität, sie unterscheiden sich in Breite und Höhe, die deutschen Texte sind schwarz auf weiß bzw. grau gedruckt, die englischen weiß auf schwarz, hinzu kommen Abbildungen von Zeichnungen, Scans, historische schwarz-weiß und aktuelle Farbfotografien in verschiedenen Formaten. Allein das Cover-Girl-Foto von Tina Bara wird mindestens 56-mal in verschiedenen Bearbeitungen, Ausschnitten oder

Kontexten abgebildet, darunter Aufnahmen des Fotos an seinen unterschiedlichen Aufbewahrungsorten in privaten Archiven oder auf Ausstellungswänden. Beeindruckend dabei ist, dass die Opulenz nicht überwältigt, sondern in eine inhaltliche Auseinandersetzung eingebunden ist.

Im Expertengespräch weist die Kunsthistorikerin Beatrice von Bismarck auf den amerikanischen Künstler und Kritiker Allan Sekula hin, der die Position vertrat, dass Fotografien an sich keine Bedeutung haben, sondern in einem sekundären Akt von außen auferlegt bekommen. Ohne ihren spezifischen Kontext, ohne die mit ihnen verbundene Argumentation seien sie also gar nicht lesbar oder beschreibbar, so sehr diese Argumentation sich auch durch den Verweis auf das Augenscheinliche des Gezeigten unkenntlich zu machen sucht. Rekonstruieren lasse sich jedoch die „ursprüngliche rhetorische Situation“ (Sekula zit. n. Peter Geimer, *Theorien der Fotografie*, Hamburg 2010, S. 92),



BStU-Kopie MfS HA XX/Fo/689 Bild 9

Aus: Alba D’Urbano / Tina Bara, *Covergirl: Wespen-Akte, Story Tales* 2009

von der aus der Kritiker Verfahren beispielsweise der Ästhetisierung nachvollziehen könne. Die Arbeit mit den Fotografien, wie sie Bara/D'Urbano präsentieren, verfolgt die veränderten diskursiven Situationen, präsentiert diese aber nicht in einer objektivierenden Chronologie, sondern macht die gegenwartsgebundene Perspektive kenntlich, die mit einem Foto- und Erinnerungsmaterial arbeitet, in das sich die historischen Verläufe bereits eingeschrieben haben. Sie zeigen die Annäherung an eine ursprüngliche Situation, diese Annäherung verändert sich jedoch im Prozess der Auseinandersetzung mit der Aneignung Dora Garcias und über verschiedene Verfahren der künstlerischen Reflexion, mit dem Resultat, dass die Positionen der Frauen immer mehr an Kenntlichkeit gewinnen – bis hin zu den Antworten auf zentrale Fragen, die jenseits des Abbildbaren liegen: „Woher nehmt Ihr eure Kraft [...]? Welche Widersprüche gehören zu den Triebfedern Eurer Biografie? Welche Wünsche habt Ihr in Bezug auf Euer eigenes Leben und die politische Zukunft?“ (S. 251) Aus dem Bildschock erwächst eine souveräne Beschäftigung mit der eigenen Geschichte und der eigenen Körperlichkeit. Besonders anschaulich wird dieses Verfahren bei den Reflexionen über die Wirkung der anonymisierenden Balken.

In ihrem Erinnerungsbericht an den Besuch der Ausstellung von Dora Garcia stellt Alba D'Urbano einen Zusammenhang zwischen verschiedenen Verwendungsweisen von schwarzen Balken her, ausgehend von den schamverdeckenden Feigenblättern und Tüchern auf religiösen Gemälden über die mit schwarzen Streifen zensurierten Pornobilder in körperfeindlichen Kulturen bis zu den ins Gesicht gewanderten Balken in den Bildbearbeitungen der BStU. Tina Bara formuliert angesichts der bürokratischen Antwort der Stasiunterlagenbehörde die Frage einer Betroffenen: „Sind meine Brüste weniger privat als meine Augen?“ (S. 51) In den

Interviews mit den Frauen der Friedensgruppe wird zudem der Aspekt der Kriminalisierung und Entpersönlichung aufgebracht. Die Balken fixieren den Charakter der Illegalität, den die Stasi den Treffen verliehen hat, indem sie nun an Verbrecherfotos erinnern, ganz im Gegensatz zu den ursprünglichen Abzügen, die die zwischenmenschliche Nähe und besondere Stimmung des Tages wiedergeben. Von Alba D'Urbano mit Bleistift nachgezeichnete Fotografien treiben „die Geste der Aneignung weiter“ (S. 129), verleihen den Uferszenen ihre ursprüngliche Weichheit zurück und lassen die ebenfalls mitgezeichneten schwarzen Streifen umso absurder erscheinen. Schließlich bildet der Band Videostills aus einer Performance ab, bei der Tina Bara mit einem Kunstkleid, das aufgedruckt in Originalgröße den nackten Körper D'Urbanos zeigt, in einen See bei Leipzig springt. Der schwarze Balken, der auch hier dabei ist, bedeckt mal die Augen, mal das Abbild des Schambereichs und mal liegt er links neben dem Fuß auf den Boden.

Die spielerische Praxis bezieht sich auf den persönlichen und künstlerischen Umgang mit der Medialisierung eigener Erfahrungen, mit Sichtbarkeit und Verbergen, nicht auf die Arbeit mit Archiven und Fotosammlungen, deren Genese durch Gewaltakte gekennzeichnet ist. Hierfür formuliert Beatrice von Bismarck Fragen, die für die eigene Arbeit mit Bildern richtungsweisend sind: „Wie geht man mit solchen Gewaltakten um? Setzt man sie durch Nutzung nicht letztlich fort? Ist es möglich, sie zu kommentieren, sie in politischem Sinne in eine Zukunft hin zu öffnen?“ Und schließlich, „wie [kann] das Material, indem ich es zeige, eine Brechung vollziehen [...] zu den Gewaltakten, die es hervorgebracht hat“ (S. 190 f.).

*Jan Kostka*

**Hubert Kleinert: Das vereinte Deutschland. Die Geschichte 1990–2020. Wiesbaden: Springer Verlag 2020, 892 Seiten, 29,99 Euro.**

Hubert Kleinert steht für den eher seltenen Typus, der sich vom prominenten Politiker – als langjähriger Bundestagsabgeordneter und führender hessischer Politiker bei den Grünen – zum respektabel-reflektierten Wissenschaftler (weiter?) entwickelt. Das hier zu besprechende Buch, wohl die erste Gesamtdarstellung zur deutschen Geschichte der letzten drei Jahrzehnte, vom Wiedervereinigungsakt bis zu den Anfängen der Corona-Pandemie, setzt auf einen Vorgängerband auf, der die Geschichte des geteilten Deutschlands beschrieben hatte.

Um ein Gesamturteil vorwegzunehmen: Dies ist nicht die ganz große Historiografie, weder in erzählerisch-kompositorischer noch in wissenschaftlich-befragender Hinsicht; aber zum einen: Kleinert nimmt das, was bereits an ansehnlicher Historiografie zum Thema da ist, etwa die Biografien von Hans-Peter Schwarz zu Helmut Kohl und Gregor Schöllgen zu Gerhard Schröder, oder die Gesamtdarstellung über die sieben Jahre rot-grüner Bundesregierung durch Edgar Wolfrum, sehr ernsthaft zur Kenntnis und lässt das alles einfließen. Zum anderen: Mitunter kann man ja auch den Eindruck gewinnen, dass die heutige deutsche Zeitgeschichtsforschung sich in einem Übermaß weltfremd werdender, kulturalistischer (Pseudo-)Fragestellungen ergeht, die den Blick für Namen, Daten und vor allem reale Abläufe eher trüben. Da kommt Hubert Kleinert solide-faktenbasiert um die Ecke, und so ist im Ergebnis fast eine Art Handbuch entstanden, mit dem sich lernen ließe und das eine Empfehlung für die Zwecke der öffentlichen politischen Bildung in Bund und Ländern durchaus verdient: Das Ausgewogenheitspostulat („Beutelsbacher Konsens“) scheint jedenfalls hinreichend erfüllt, umstrittene Komplexe wie die Bewertung der „Treuhand“ zur Abwicklung der alten DDR-Betriebe

werden von verschiedenen Seiten beleuchtet und fair abgewogen.

Als Arbeitsbuch für die politische Bildung bedürfte diese Darstellung eigentlich nur der Einfügung von Tabellen und Schaubildern einerseits, der Reduzierung von Anmerkungen und Literaturliste andererseits. So entstünde ein sehr verdienstvolles Hilfsmittel zur Vermittlung der drei letzten Jahrzehnte deutscher Zeitgeschichte.

Besonders gelungen sind dem Autor die kompakten Portraits der wesentlichen politischen Akteure im Land: Helmut Kohl, Erich Honecker (klug geschildert als übler Diktator, der er ja unbestritten war, aber nicht Massenmörder, von denen das 20. Jahrhundert nicht wenige hervorbrachte), Gerhard Schröder und Angela Merkel.

Politik, Parteiengeschichte, Außenpolitik, Ökonomie und Sozialpolitik, Kulturelles und Medien, ja sogar der Sport werden verlässlich und vielfach originell abgehandelt. Wie immer, so fehlt auch hier einiges, und man wüsste mitunter gerne, weshalb der Autor dieses oder jenes vollständig oder weitestgehend weggelassen hat: Zum Beispiel das für das posttotalitäre Deutschland so wesentliche Gebiet (und oft auch Minenfeld) der Geschichts- und Erinnerungspolitik, des Umgangs mit Erinnerungsorten, der Förder- und Präferenzpolitik des Bundes (die jeweils bestimmte Akteure, Institutionen, Themen und Orte bevorzugt). Die zweite einschlägige Dimension wäre die staatliche wie die journalistische und wissenschaftliche Begleitung von Jubiläumsjahren (so ist nichts von Christopher Clark und einem neuen, multiperspektivischen Blick 2014 auf die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts, den Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914, zu lesen), zuletzt die Gestaltung des Lutherjahres 2017 im wiedervereinigten Deutschland (500 Jahre Thesenanschlag von 1517 nach dem Erinnerungsjahr 1983, 500. Geburtstag des Reformators im noch geteilten Deutschland). Zudem blendet Kleinert die Rolle von Kirchen- und Transzendenzbindung im Land



insgesamt aus. Bei 800 Seiten Gesamtumfang hätte das Thema schon eine Berücksichtigung verdient, was es für die langfristige Entwicklung des Landes bedeutet, dass kirchliche Bindungen so sehr im Rückgang begriffen sind, dass die Kirchen selbst ihren transzendentalen Markenkern immer weniger betonen und dass sie und ihre Legitimation durch Verfallserscheinungen wie den langjährig praktizierten wie langjährig vertuschten sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen primär im katholischen Bereich massiv in Frage gestellt sind.

Die Darstellung beginnt mit dem in Deutschland quasi zum 3. Oktober 1990 gegebenen Problemhaushalt, an erster Stelle die Integration der DDR, ihrer Regionen und Menschen in den rekonstruierten deutschen Gesamtstaat. Dabei wird zugleich deutlich, wie schwer sich dieses Deutschland tat, den Erwartungen gerecht zu werden, die aus allen Himmelsrichtungen an das Land gerichtet wurden: Nun nicht nur als „Partner in Leadership“ beim Transformationsprozess für ganz Osteuropa zu agieren, sondern auch einen relevanten Beitrag zur Lösung weiterer Konflikte zu leisten: Die Tinte unter dem Zwei-plus-Vier-Vertrag vom 12. September 1990 in Moskau war ja noch nicht trocken, als die irakische Aggression in Kuwait eine umfängliche Allianz unter Führung der USA provozierte, an der sich Deutschland primär nicht mit Soldaten, sondern mit dem Scheckbuch beteiligte. Hier wirkte ja nicht nur der traditionelle gesinnungsethische Pazifismus aus der alten Bundesrepublik nach, bei dem die Grünen eine der tragenden Säulen gewesen waren, und engte den Radius der operativen, damals noch Bonner Politik, ein. Hinzu kam auch die von Kleinert deutlich markierte habituelle Anti-Bundeswehr-Haltung auf dem Gebiet der früheren DDR.

Dass dann mit dem Regierungswechsel von 1998, von Union und FDP zu Rot-Grün, zugleich der erste „quasi Kriegseinsatz“ von deutscher Seite nach 1945 im

Kosovo-Konflikt einherging, vom neuen Außenminister Joschka Fischer mit viel ihm eigenen Pathos mitgetragen, stellte gerade vor diesem Hintergrund eine der großen Zäsuren der deutschen Nachkriegsgeschichte insgesamt dar.

Was die West-Ost-Problematiken in Deutschland anbelangt, hebt der Autor mit wohlthuender Nüchternheit zwei Faktoren hervor:

Zum einen den Umstand, dass es zwischen Elbe und Oder nach 1990 beachtliche Wohlstandsgewinne gab, dass sich die Einkommen, oft unter Hintanstellung von Wirtschaftlichkeit, beschleunigt erhöhten; der hohe Input zur Erhaltung industrieller Kerne und die umfänglichen Transfers werden bis heute ja gerne hinwegdiskutiert; gleichwohl handelte es sich hier um herausragende Fakten, zumal dann, wenn man die innerdeutsche Entwicklung mit der in den anderen Reformstaaten vom Baltikum bis zum Schwarzen Meer vergleicht.

Zum anderen aber macht Kleinert deutlich, dass auch innerdeutsch Geld alleine nicht glücklich macht. Der Trend zur DDR-Nostalgie, zur Schönfärberei, der vielfache Stimmungsumschwung von der Ostsee bis zum Erzgebirge, war nach Kleinert primär nicht materiell, sondern immateriell begründet: In einer Art Leiden großer Teile der Ex-DDR-Bevölkerung an sich selbst, gezielt befeuert von den Nachfahren der alten SED, die nun zunächst als PDS immer mehr an Legitimität und Respektabilität gewannen, in den bundesdeutschen Talkshows stetig häufiger in Erscheinung traten und mit dem „Magdeburger Modell“ von 1994 einen ersten großen Erfolg auf dem Gelände der operativen Politik erreichten. Erstmals war die PDS in einem Landesparlament zum faktischen Regierungspartner, wenn auch noch nicht mit eigenen Ministersesseln, avanciert.

Auf der Akteursebene zerfällt die deutsche Geschichte nach 1998 in drei Abschnitte: Die Regierungszeiten Helmut

Kohls, Gerhard Schröders und schließlich Angela Merkels.

Süffisant merkt Kleinert für die Koalitionsverhandlungen von 1998 an, dass die damaligen Akteure auf grüner Seite zu ihrer Verblüffung registrieren konnten, dass sie im Grunde mit zwei (sozialdemokratischen) Parteien verhandeln (mussten): Einmal mit der industriefreundlichen (Autokanzler-)Linie Gerhard Schröders, zum anderen mit der super-keynesianischen, marktfeindlichen Linie des SPD-Funktionskörpers unter dem Parteivorsitzenden Oskar Lafontaine. Frank-Walter Steinmeier, der heutige Bundespräsident, und kurzzeitig Bodo Hombach waren hinter Gerhard Schröder die Figuren, welche einen pragmatischen ökonomischen Kurs anmahnten, in etwa auf der Linie des britischen Premiers Tony Blair. Gerhard Schröders Agenda 2010, um aus der deutschen Misere steigender Arbeitslosenzahlen und steigender finanzieller Belastungen der Wirtschaft herauszufinden, war so nicht zuletzt das Werk des damaligen Kanzleramtschefs Frank-Walter Steinmeier. Diesen Aspekt hätte Kleinert vielleicht noch deutlicher herausarbeiten können.

Das gilt ebenso für einen weiteren Gesichtspunkt: Die Regierungsmannschaft, die 1998 ins Amt gelangte, ob bei den Sozialdemokraten oder bei den Grünen, rekrutierte sich fast ausnahmslos aus einem Personal, das vor 1989 die deutsche Zweistaatlichkeit für gegeben, ja vielfach für historisch begründet und sinnhaft gehalten hatte, das die Perpetuierung der DDR auf unabsehbare Zeit mitrug und oft entweder nur Menschenrechtsdefizite auf dem Boden des Arbeiter-und-Bauern-Staates wahrgenommen hatte (vielfach die Grünen), oder sogar in der SED-Führung den gegebenen Partner gesehen und respektiert hatte. Dass genau dieses Personal knapp ein Jahrzehnt nach Vollzug der Wiedervereinigung die Verantwortung für das gesamte Land übernahm, mag mancher zwar beklagt haben; dem Ganzen wohnte aber auch eine positive Didaktik

ganz eigener Art inne: Diese Altachtundsechziger waren nunmehr gezwungen, ihre Gestaltungsanstrengungen auf das gesamte Land zu richten, eine historische Versöhnung, die durchaus einigen Charme hatte. Vielleicht wird gerade an dieser Stelle dann doch erkennbar, dass der Alt-Grüne Hubert Kleinert Skrupel gehabt haben mag, diesen Zusammenhang (im Blick auf die eigene politische Sozialisation) wirklich umfänglich zu betrachten.

Klug hebt der Autor Analogien hervor, die sich zwischen den Amtszeiten Helmut Kohls, Gerhard Schröders und Angela Merkels ergaben:

War es Kohl (in seiner letzten Amtsperiode 1994 bis 1998) samt seinem Finanzminister Theo Waigel nicht mehr gelungen, eine umfassende Steuerreform zustandezubringen, Haupthindernis war die von Oskar Lafontaine orchestrierte Blockadepolitik der SPD-Länder im Bundesrat, so schaffte die neue rot-grüne Bundesregierung dann 2001 eine Steuerreform, die dem nicht realisierten Muster von 1997 ziemlich nahekam; diese Steuerreform (angebliche Bevorzugung der sogenannten Reichen) und schließlich die Agenda 2010 von 2004/2005 führten dann aber dazu, dass der SPD durch das Bündnis von PDS und WASG in Westdeutschland ein Konkurrent erstand, der tief in ihre Mili-eus eindrang, sie strukturell immer weiter auszehrte und bis heute entscheidend schwächte und schwächt. Die Personifikation für diesen ganzen Prozess war Oskar Lafontaine, der schließlich zur Symbolfigur für „Die Linke“ avancierte.

Ein Kuriosum der neuesten deutschen Geschichte mag man nun darin erkennen, dass das, was Gerhard Schröder mit der Linken widerfuhr, auf analoge Weise Angela Merkel mit dem Aufstieg der AfD erlebte: Kleinert schreibt, die CDU habe sich schon in den ersten vier Jahren Großer Koalition mit Angela Merkel von 2005 bis 2009 in beachtlichem Maße sozialdemokratisiert, was den enormen Wahlerfolg der FDP von 2009 zur Konsequenz

hatte: 14,6 Prozent für die „Liberalen“. Die Unionsparteien hätten dann unter der Führung von Angela Merkel (und insbesondere Wolfgang Schäuble als Bundesfinanzminister) der FDP nicht die Butter vom Brot gegönnt, stetig zu verhindern verstanden, dass die Partei ordnungs- und steuerpolitisch Erfolge auf dem Gebiet einfuhr, das nun einmal ihre ökonomische DNA ausmacht.

Was folgte, war das Ausscheiden der FDP 2013 aus dem Bundestag und möglicherweise, das wird die Zukunft zeigen müssen, ihre dauerhafte Marginalisierung, trotz ihres Zwischenhochs bei der Bundestagswahl 2017. Dann allerdings hätte, eine List der Geschichte, die CDU ihren klassischen und traditionellen Partner selbst miteliminiert, sozusagen das Gegenteil der jahrzehntelangen FDP-Politik Helmut Kohls. Der Aufstieg der AfD nun, das wird bei Kleinert klar erkennbar, resultierte auch aus diesen Gemengelagen: Aus der Preisgabe alten programmatischen Unions-Hausgutes, aus der Legitimationskrise des Euro in Verbindung mit dem Kollaps der griechischen Wirtschafts- und Haushaltspolitik (Kleinert macht auch mit großer Klarheit deutlich, wie sehr Helmut Kohl unter dem Primat der Politik den Euro mit allen Mitteln gegen die Mehrheit des deutschen Publikums und der deutschen Ökonomenszene durchgesetzt hatte), schließlich aus allgemeinen Frustrationen des konservativen Bürgertums, das sich vielfach durch die Union nicht mehr wirklich repräsentiert sah.

Der AfD gelang dann 2013, ohne bereits in den Bundestag zu gelangen, ein Achtungserfolg; ihren Takeoff freilich brachte erst die Flüchtlingskrise von 2015 mit den aus ihr resultierenden Legitimationsfragen an operative Politik und Parlamentsparteien in Berlin. Zugespitzt formuliert: Was Agenda 2010 und Oskar Lafontaine für Gerhard Schröder bedeutet hatten, bedeutete die Flüchtlingskrise zumindest partiell für Angela Merkel und die Union.

Für einen früher aktiven Grünen-Politiker schildert Hubert Kleinert bemerkenswert

offen, wie sehr etwa die These der amtlichen Berliner Politik von 2015, Grenzen könnten nicht geschlossen werden oder ein Schließen der Westbalkanroute komme nicht in Frage (im Gegensatz zum damaligen österreichischen Außenminister Kurz und seiner hier erfolgreichen Politik), das Vertrauen in die deutsche Regierungspolitik erschütterten. Das Anschließende, insbesondere das immer weitere Abgleiten der AfD in extremistisch-chauvinistische Zonen, und die Frage nach der Zukunft dieser Republik unter neuen Rahmenbedingungen schlechthin konnte dann nicht mehr Gegenstand der Betrachtungen von Hubert Kleinert sein.

Gleichwohl: Alle die abgehandelten Namen, Themen und Entwicklungen zeigen, wie sehr diese unsere jüngste Vergangenheit Gegenwart und vermutlich absehbare Zukunft prägt, ja determiniert. Fazit: Ein wichtiges, hilfreiches und durchaus erklärendes, naturgemäß aber noch nicht definitives und abschließendes Buch.

*Peter März*

**Karl-Heinz Paqué/Richard Schröder: Gespaltene Nation? Einspruch! 30 Jahre deutsche Einheit. Basel: NZZ Libro/Schwabe Verlagsgruppe 2020, 289 Seiten, 34 Euro.**

Der westdeutsche Ökonom Karl-Heinz Paqué und der ostdeutsche Philosoph und Theologe Richard Schröder haben eine Schrift zur deutschen Einheit vorgelegt, die mit vielen Missverständnissen und Fehlinterpretationen aufräumt. Sie nehmen die polemische Argumentation des Buches der SPD-Politikerin Petra Köpping *Integriert doch erst einmal uns! Eine Streitschrift für den Osten* ebenso nachhaltig auf, um ein Modewort zu benutzen, wie die Sichtweise Ilko-Sascha Kowalczyks in *Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde*. Vor allem die wirtschaftliche Interpretation der Ereignisse stört das Ost-West-Duo: „Was den wirtschaftlichen Kern betrifft, könnte man diese Deutung durchaus als

eine neue Dolchstoßlegende bezeichnen. Sie lautet: Die Wirtschaft der DDR war trotz einiger Schwächen funktions- und leistungsfähig. Mit gutem Willen und ruhiger Hand hätte man sie Schritt für Schritt in die neue Welt der globalen Marktwirtschaft überführen können, aber das war nicht im Interesse der westdeutschen Industrie. Diese nutzte ihren politischen Einfluss, um die Substanz der DDR-Wirtschaft zu zerstören oder zumindest fatal (???) zu schwächen. Handlanger dafür war die Treuhandanstalt.“ (S. 13)

In zwei großen Kapiteln setzen sich die beiden Autoren mit den Fakten (Karl-Heinz Paqué) und Mythen (Richard Schröder) auseinander. In der mitunter trockenen Sprache eines Ökonomen skizziert Paqué die Entstehung und Entwicklung der Planwirtschaft in der DDR. Sie war von Beginn an ineffizient wie alle zentral geleiteten Planwirtschaften. Am Ende stand eine ruinöse Wirtschaft, die immanent nicht mehr zu sanieren war. Paqué erwähnt den sogenannten Schürer-Bericht, aber nicht die Analyse des MfS, die noch schärfer den katastrophalen Zustand der DDR-Wirtschaft analysierte (Vgl. hierzu die Analyse der Wirtschaft am Ende der DDR, in: Klaus Schroeder: Kampf der Systeme. Das geteilte und wiedervereinigte Deutschland, Reinbek 2020, S. 127 ff.).

Die Ausführungen zur politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland nach dem Fall der Mauer heben zu Recht hervor, dass die Wohlstandsdifferenz zwischen Ost und West nicht binnen weniger Jahre geschlossen werden konnte. Die Treuhandanstalt wird angesichts der Schwere ihrer Aufgabe gelobt. Trotz einiger Fehleinschätzungen gelang es ihr binnen weniger Jahre, eine soziale Marktwirtschaft zu etablieren, die Entwicklungspotenzial hatte.

Der billionenschwere Aufbau Ost führte zwar nicht zu einer vollständigen wirtschaftlichen Angleichung von Ost und West, aber doch zu einem beträchtlichen

Wachstum, gemessen an der Ausgangssituation. Ein wirtschaftliches Scheitern der deutschen Einheit vermag der Autor von daher nicht zu sehen. „Soweit sich daraus Probleme ergeben, sind sie die Folge des verbleibenden Ost-West-Gefälles in der wirtschaftlichen Leistungskraft.“ (S. 78)

Die objektive Lage entspricht nicht immer der subjektiven Wahrnehmung, obschon auch hier ein Angleichungsprozess zu beobachten ist, zumindest gemessen an der regionalen Lebenszufriedenheit, die in den letzten dreißig Jahren in Ostdeutschland stark angestiegen ist und sich dem westdeutschen Niveau annäherte.

Der Ostdeutsche Richard Schröder analysiert in seinem Beitrag die Mythen über die deutsche Einheit und ihre Ursachen. Zuvor schildert er, wie er den Alltag in der DDR erlebt hat. Mit feinsinniger Ironie und dem Rückgriff auf Witze beschreibt er die desolate Situation und den desolaten Zustand des Sozialismus. „Der Sozialismus hat von allen bisherigen Gesellschaftsordnungen etwas übernommen:

- vom Kapitalismus die vielen Krisen;
- vom Feudalismus die vielen Könige;
- von der Sklavengesellschaft den Umgang mit den Menschen und
- von der Urgesellschaft die Produktionsmethoden.“ (S. 117)

Zum Thema Unrechtsstaat DDR, das die Gemüter nicht nur im Osten, sondern auch im Westen in den letzten Jahrzehnten erhitzte, hat Schröder eine eindeutige Meinung: „Wo Macht vor Recht geht, und zwar nicht nur öfter tatsächlich, sondern grundsätzlich und erklärtermaßen, da haben wir es mit einem Unrechtsstaat zu tun. Nach dieser treffenden Beschreibung war auch das SED-Regime ein Unrechtsstaat.“ (S. 137)

Nach der kurzen Schilderung, wie es zur deutschen Wiedervereinigung kam, widmet sich Schröder der Frage: Wer beherrscht den Osten? In diesem Abschnitt

knüpft sich der Autor vor allem den Historiker Kowalczyk vor, der den neuen Staat als Feind charakterisiert, womit er falsch liege. Für geradezu absurd hält er die Behauptung von Kowalczyk, man hätte auf die Stasiüberprüfungen verzichten können, weil es ja nur um eine kleine Minderheit gegangen sei.

Ähnlich wie bei seinem Coautor folgt eine Verteidigung der Treuhandpolitik. Zwar habe es kriminelle Machenschaften gegeben, aber im Großen und Ganzen könne die Politik der Treuhand gelobt werden. „Der extrem schlechte Ruf der Treuhandanstalt beruht auf einem erheblichen Wissensmangel. Er konnte sich aber auch deshalb verbreiten, weil niemand sie öffentlich verteidigt hat, auch nicht die Bundesregierung.“ (S. 182)

Abschließend betont Schröder noch einmal die Differenz zwischen Patriotismus und Nationalismus und dass der Bezug auf ein Gemeinsames in einer Gesellschaft unabdingbar ist. „Das kulturelle Erbe der Menschheit ist nicht die eine Menschheitskultur, sondern die Pluralität aller ihrer Kulturen. Die Menschheitskultur ist tatsächlich multikulturell. Aber das Feld des Menschenmöglichen ist viel größer als das, was ein Individuum oder auch eine Gesellschaft realisieren kann. Deshalb ist die Frage berechtigt, in welchem Maß eine konkrete Gesellschaft oder ein Staatsvolk tatsächlich multikulturell sein kann. Gibt es Grenzen der Diversität, über die hinaus Diversität das Zusammenleben in einer Gesellschaft stört oder gar zerstört?“ (S. 208) Nicht zuletzt angesichts der aktuellen antiisraelischen und antijüdischen Demonstrationen von Ein- und Zugewanderten stellt Schröder diese Frage zu Recht.

Im vierten Kapitel beantworten die beiden Autoren gemeinsam die Frage: Vereint oder gespalten? Sie kommen, was angesichts ihrer vorangegangenen Argumentation nicht verwundert, zu dem Schluss, die Chancen für eine weitere Angleichung stünden gut.

Beide Autoren rücken in ihrem Buch manches gerade, was naive und linke Kleingeister in Ost und West über die deutsche Einheit und die deutsche Nation behaupten. Das ist verdienstvoll! Manche Argumentation könnte tiefschürfender ausfallen, aber für ein Buch, das eine breite Leserschaft erreichen will, ist das nicht unbedingt notwendig.

*Klaus Schroeder*

**Joachim Jauer: Die halbe Revolution. 1989 und die Folgen. Freiburg/Brsg.: Herder 2019, 351 Seiten, 14 Euro.**

Der Fall der Mauer im November 1989 und der nachfolgende Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums hatten sich schon vorher angedeutet, ohne dass es zumindest im Westen und insbesondere in der Bundesrepublik eine erhöhte Aufmerksamkeit hierfür gab. Bis in den Oktober 1989 hinein glaubte die Bundesregierung an eine erneute Stabilisierung der DDR. Tatsächlich aber zeigten insbesondere die Entwicklung in den sowjetischen Satellitenstaaten Polen und Ungarn, wie brüchig das Imperium schon vorher war.

Der langjährige Korrespondent des ZDF in der DDR, Joachim Jauer, hat eine verdienstvolle Studie verfasst, in der er Voraussetzungen für den Fall der Mauer und die friedliche Revolution prägnant beschreibt.

Zu Recht verweist der Autor insbesondere auf drei Papiere, die den Zerfall der kommunistischen Diktaturen erkennbar machten: „Die Unterschrift der polnischen Partei unter den Gründungsakt der Solidarność, der ersten freien Gewerkschaft im kommunistischen Machtbereich. Das ungarische Staatsbudget, in dem der Reformier Miklós Németh mit einem Strich seines Rotstifts die Beseitigung des Eisernen Vorhangs anordnete, und der Zettel zu einem reformierten Reisegesetz, mit dem der SED-Politbürokrat Günter Schabowski am Abend des 9. November 1989 die Berliner Mauer versehentlich aufschloss.“ (S. 23)

Im ersten Kapitel geht es um Karol Wojtyła, den polnischen Papst, und die Solidarność. Beide förderten auf unterschiedliche Art, aber mit der gleichen Stoßrichtung die Fundamentalkritik an der sozialistischen Diktatur, getragen von der kommunistischen Partei. Der Besuch des Papstes in Polen im Juni 1979 offenbarte den Herrschenden, wie tief der katholische Glaube bei Millionen Polen verankert war. Die Gründung der Solidarność gut ein Jahr später leitete in Polen eine tatsächliche Wende ein, die auch auf andere Satellitenstaaten ausstrahlte. Die SED-Führung in der DDR befürchtete das Schlimmste und schlug im Rahmen des Warschauer Paktes eine Lösung des polnischen Problems à la Prag 1968 vor.

In der DDR spielte die katholische Kirche indes eine nur untergeordnete Rolle und war nur in zwei Gebieten, im Eichsfeld und in der Lausitz, stärker vertreten. In die Verhältnisse der Sowjetunion kam mit der Ernennung von Gorbatschow zum Generalsekretär der KPDSU Bewegung. Als Gorbatschow mit zaghaften Reformen begann, zeigte sich die SED-Führung irritiert. Sie befürchtete – zu Recht übrigens, das vorsichtige Öffnen der Diktaturtür könne tiefgreifende Erschütterungen auch in den anderen kommunistischen Staaten zur Folge haben.

Ausführlich beschreibt der Autor die Entwicklung in Ungarn, die schließlich am 2. Mai 1989 dazu führte, die Grenzbefestigungen zu Österreich (richtig?) abzuräumen, was Jauer mit seinem Kamerateam vor Ort miterlebte. Die Grenzöffnung zog Menschen aus der DDR gleichsam magnetisch an. In den nachfolgenden Monaten flohen tausende Menschen aus der DDR über Ungarn nach Österreich und weiter in die Bundesrepublik. Die ungarischen Reformkommunisten begriffen die Maßnahme als Befreiungsschlag für sich: „Tatsächlich wollten die Budapester Reformkommunisten mit der sehr risikoreichen, weil einseitigen Öffnung des Eisernen Vorhangs ihre Eintrittskarte in das freie Europa lösen.“ (S. 127)

In Polen spitzte sich die Lage mit dem Wahlsieg der wieder zugelassenen Solidarność im Juni 1989 weiter zu. Der Wahlsieg von Solidarność führte kurze Zeit später zu einer politischen Revolution in Polen. Die Kommunisten wurden an den Rand gedrängt, Personen aus dem bürgerlichen Lager übernahmen die Macht. 1990 wurde Lech Walesa, die Führungsfigur von Solidarność, zum polnischen Staatspräsidenten gewählt.

Die Entwicklung in Polen beschleunigte auch den Reformprozess in Ungarn. Für die DDR hatte die Fluchtbewegung entscheidende Bedeutung. Die kommunistische SED war nicht in der Lage, sich zu reformieren und ein Reformkonzept vorzulegen. So kam es, wie es angesichts der Entwicklungen in Polen und Ungarn kommen musste: Die Mauer fiel, und die SED schrumpfte bei den ersten und einzigen freien Wahlen zur Volkskammer 1990 auf 16 Prozent. Die unionsgeführte Allianz für Deutschland gewann die Wahl überzeugend, Lothar de Maizière übernahm das Amt des Ministerpräsidenten.

Joachim Jauer schildert eindrucksvoll aus der Sicht eines Fernsehkorrespondenten, wie eng die Entwicklungen in Polen, Ungarn und der DDR zusammenhingen. Das Buch stellt eine gelungene Ergänzung zur wissenschaftlichen Literatur der Endphase des Ostblocks dar.

*Klaus Schroeder*

**Tilman Mayer (Hrsg.): 150 Jahre Nationalstaatlichkeit in Deutschland. Essays, Reflexionen, Kontroverse. Baden-Baden: Nomos Verlag 2021, 338 Seiten, 49 Euro.**

Für viele in Deutschland mag die sogenannte zweite Welle der Corona-Pandemie etwa zum Jahreswechsel 2020/21 eine wohlfeile Ausrede dafür gewesen zu sein, dass der 150. Jahrestag der deutschen Nationalstaatsgründung – Inkrafttreten der einschlägigen Verträge der Mitgliedsstaaten am 1. Januar 1871, sogenannte Kaiser-

proklamation in Versailles am 18. Januar – so sehr im Hintergrund blieb. Viele scheinen bzw. schienen sich für die Konstituierung des sogenannten kleindeutschen Reiches gewissermaßen zu schämen, mit einem, wie gerne kolportiert wird, reaktionären, monarchischen Obrigkeitsstaat; manche mögen in dieser Staatsbildung auch so etwas wie einen Anschlag auf die deutsch-französische Freundschaft sehen, Bismarck aus dieser wohlfeilen Perspektive gewissermaßen als Gegenspieler von Adenauer und Kohl und deren Beziehungsmustern zu Schuman, de Gaulle und Mitterrand. Noch bis in die sechziger Jahre des letzten Jahrhunderts war das ganz anders gewesen, und als man sich im deutschen Westen angewöhnt hatte, unter den sozialhistorischen Prämissen der „Bielefelder Schule“ das Bismarckreich als politisch ganz reaktionär und finster zu zeichnen, begann es umgekehrt im anderen deutschen Staat, in der DDR und damit auf vielfach altem preußischen Boden, bessere Zensuren zu erhalten. Ernst Engelbergs Bismarckbiografie, namentlich ihr erster Band, der wesentlich die Zeit bis zur Reichsgründung beschrieb, war dafür der beste Nachweis.

Heute sieht sich selbst das amtierende deutsche Staatsoberhaupt im Schloss Bellevue gehalten, wenn über Deutschland und über das 19. Jahrhundert zu reden ist, vor allem in dunklen Farben zu zeichnen.

Vielleicht verhält es sich auch so, dass die geschichtspolitischen Wogen des Jahres 2014, als es um die Erinnerung an 100 Jahre Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914 ging, den Amtsträgern in Berlin und den deutschen Landeshauptstädten nach wie vor ein Schreckbild bzw. Menektekel sind: Christopher Clarks *Schlafwandler*, dabei beileibe nicht die einzige originelle Neuerscheinung am damaligen Buchmarkt, hatte mit ihrer Internationalisierung und Kontextualisierung des Weges in den Ersten Weltkrieg die üblichen geschichtspolitischen Bühnenbilder in den deutschen Amtsstuben wie auch in man-

chen Redaktionen mit einem Mal furchtbar alt und verstaubt aussehen lassen – jetzt noch Versailles, Bismarck und der deutsch-französische Krieg von 1870/71, da sollte nun möglichst wenig Aufhebens gemacht werden. Und Corona tat eben ein Übriges, so war unter den Bedingungen der Pandemie eine Begegnung von deutschem Bundestag und französischer Nationalversammlung in Versailles naturgemäß nicht (mehr) realisierbar. Ob von da mehr als die üblichen ritualisierenden Beschwörungen gekommen wären und ob das Canceln daher ein Schaden war, kann man allerdings mit gutem Grund bezweifeln.

Der Politikwissenschaftler Tilman Mayer, in seinem wissenschaftlichen Œuvre mit an erster Stelle der DDR- und Deutschlandforschung verbunden, sorgte mit dem von ihm herausgegebenen und konzipierten Sammelband vor dem skizzierten Hintergrund für einen der wenigen Lichtblicke. Auf den allerdings zweiten Blick ist das gar nicht so überraschend: Schon vor gut einem Jahr fünf hatte Mayer zum verwandten Thema Bismarck aus Anlass von dessen damals 200. Geburtstag einen Sammelband herausgegeben (Bismarck: Der Monolith. Reflexionen am Beginn des 21. Jahrhunderts, Hamburg 2015). Der jetzige Sammelband zu einer Bilanz deutscher Nationalstaatlichkeit über alle Zäsuren und Systembrüche hinweg erscheint am Buchmarkt 2020/21 als eine Art Wellenbrecher. Über Reichsgründung und deutsch-französischen Krieg ist einiges erschienen, offenkundig allerdings nicht der Versuch unternommen worden, die Gesamtgeschichte des deutschen Nationalstaates, auch über die Zeit der Teilung von 1949 bis 1990 hinweg, umfassend zu würdigen. Eine Ausnahme stellt allenfalls Sönke Neitzels Monografie über Deutsche Krieger dar, die die deutsche Militärgeschichte vom Kaiserreich bis in die Gegenwart unter Einschluss der beiden antagonistischen Armeen auf deutschem Boden, Bundeswehr und NVA, unter den Teilungsbedingungen untersucht (Sönke

Neitzel: Deutsche Krieger. Vom Kaiserreich bis zur Berliner Republik – eine Militärgeschichte, Berlin 2020, zur NVA bezeichnenderweise das Kapitel „Außen preußisch – innen sowjetisch“, S. 409 ff.). Militärgeschichte spielt nun in dem Sammelband von Mayer gar keine Rolle, wird vom Rezensenten vor dem Hintergrund der Vielzahl an Fragestellungen, die sich für die Gesamthematik förmlich aufdrängen, aber auch nicht unbedingt vermisst. Ein Sammelband dieser Paperback-Dimension könnte ohnehin nicht alles bilanzieren, was es an sich zu bilanzieren gäbe. Umgekehrt kann man eher feststellen, dass hier eine ganze Reihe von Themen präsentiert wird, die gar nicht so sehr im Vordergrund der üblichen geschichtspolitischen Aufmerksamkeit stehen, die aber im Blick auf eineinhalb Jahrhunderte durchaus eine Würdigung verdienen, etwa Rolle und Selbstverständnis der deutschen Hauptstadt Berlin, Beitrag von Eberhard Diepgen, das Reichstagsgebäude „als Symbol der deutschen Nation“ von Wolfram Pyta, als weiterer sensibler Geschichtsort Versailles mit der Proklamation vom 18. Januar 1871 und der Unterzeichnung des Versailler Vertrages vom 28. Juni 1919 (Autor Ulrich Lappenküper) und – um dies auch hinzuzufügen – die klassische Frage nach der Rolle Deutschlands in Europa, ob in einem Muster von „Hegemonie und Gleichgewicht“, ob über Dekaden ausgestattet mit einer „halbhegemonialen“ Position (dazu die Autoren Ulrich Schlie und Hans-Christof Kraus).

Manche Autoren konzentrieren sich ganz auf die Zeit der Monarchie bis 1918 bzw. 1914, als die herkömmlichen Kontinuitätslinien endeten, so an erster Stelle Werner Plumpe in seinem Abriss über die Wirtschaftsgeschichte des Kaiserreiches. Bei Plumpe wird einmal mehr deutlich, welcher ökonomische Boomstaat, flankiert durch vorbildliche Bildungs- und Wirtschaftspolitik, niedrige Steuern und eine effiziente Staatsverwaltung, das Kaiserreich eigentlich war – und dass in ihm

Grundlagen geschaffen wurden, von denen auch das heutige Deutschland als Industriestaat weiterhin zehrt. Ob das angesichts überbordender Sozial- und Transferkosten und höchst problematischer Demografie in Verbindung mit reduzierten Innovationskapazitäten, verglichen mit der Zeit vor 1914, so bleiben kann, stelle sich dann als bange Frage.

Daran lässt sich zugleich eine kritische Bemerkung zu Michael Gehlers abschließendem Beitrag zur europäischen Integration nach dem Zweiten Weltkrieg – und damit implizit zu deren Rolle für Deutschland – anknüpfen: Passionierte Integrationsbefürworter gehen ja immer wieder, die einen laut, die anderen stillschweigend, davon aus, dass Integration ein permanenter, durch nichts und niemanden auch nur partiell in Frage zu stellender Prozess sei; das ist auch hier der Fall, wenn zum Beispiel als „Geburtsfehler der EU“ (S. 313) ein nationalstaatliches Dilemma genannt wird. Wäre aber nicht umgekehrt einmal zu fragen, ob eine – immer engere – Europäische Union nicht bereits seit geraumer Zeit daran ist, Staaten und Regionen Europas nicht darin zu unterstützen, sondern eher dabei zu behindern, sich auf einem globalisierten Weltmarkt zu behaupten, insbesondere vor dem Hintergrund immer weiter durchgesetzter Forderungen zu Transferleistungen an europäische Regionen, die nicht mithalten können, deren Alimentierung aber droht, die noch Starken nicht nur nicht zu stärken, sondern nun auch stetig zu schwächen. Im Gegensatz dazu ist wohlthuend zu lesen, wie Henning Ottmann und – auf der völkerrechtlichen Seite – Christian Hillgruber („Der deutsche Nationalstaat – ein völkerrechtliches Kontinuum“) zum einen die anhaltende Legitimation und Sinnhaftigkeit des Nationalstaates als gegebener Referenzrahmen für nationale Gesellschaften dokumentieren, zum anderen aber auch deutlich werden lassen, dass die Bundesbürger von heute trotz Wandlung von Staatsform und Änderung des Staatsnamens weiterhin in jenem Staatswesen



leben, das rein rechtlich am 1. Januar 1871 seine Wirksamkeit aufnahm. Der Teilstaat Bundesrepublik von 1949 bis 1990 hat sich ja, bestärkt durch das einschlägige Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 zum Grundlagenvertrag zwischen den beiden Staaten in Deutschland, immer in der einschlägigen Kontinuität der Reichsgründung gesehen, und materiell lebte dieser Anspruch dann mit dem Wiedervereinigungsakt vom 3. Oktober 1990 wieder voll auf.

Ein 335-Seiten-Band zur Problematik von eineinhalb Jahrhunderten deutscher Nationalstaatlichkeit muss Lücken enthalten bzw. Positionen vorführen, die verkürzt oder fragmentarisch erscheinen. Bei dieser Dimensionierung liegt das ganz in der Natur der Sache. Diesen Gesichtspunkt vorausgeschickt, einige Fragen an einzelne Beiträge, wobei vorab kritisch festgestellt werden muss, dass offenkundig in keinem der Beiträge noch die neue umfassende Untersuchung von Oliver Haardt zur Verfassungsgeschichte des Kaiserreiches, die im zweiten Halbjahr 2020 erschien, berücksichtigt werden konnte (Oliver F. R. Haardt: *Bismarcks Ewiger Bund. Eine neue Geschichte des deutschen Kaiserreiches*, Darmstadt 2020). Haardt vertritt die These, dass der ursprüngliche Staaten- bzw. Fürstenbund Deutsches Reich noch unter den Vorzeichen der Monarchie einen gravierenden Transformationsprozess erfuhr, durch den das Reich nicht nur sozial und ökonomisch beträchtlich modernisiert wurde, sondern eben auch konstitutiv, d. h. sich in beachtlichem Maße dem Muster des klassischen parlamentarischen Staates durchaus annäherte: Während das Föderativorgan Bundesrat immer mehr an Bedeutung verloren habe, habe sich für das politische Gesamtsystem an erster Stelle ein Zusammenspiel von Reichsleitung, die zu einer echten Reichsregierung mutierte, und Parlament, dem Reichstag, eingestellt. Der Primus inter Pares preußischer König, mit dem Titel Deutscher Kaiser ausgestattet, habe sich zunehmend als Reichsmonarch verstanden. Hinzufügen

könnte man, dass es im Kaiserreich nie einen Kanzler gab, der, obwohl er formal keiner Mehrheit im Parlament bedurfte, gegen dieses hätte regieren können. Zu diskutieren wäre also, ob die von Zeitgenossen wie heutigen Historikern immer wieder als Defizit beschworene politische Modernisierung und Parlamentarisierung nicht zumindest durch die Hintertür partiell bereits eingetreten sei. Und geschichtspolitisch hieße dies: Die Gründe, für einen angeblichen deutschen Sonderweg zu plädieren, würden auch im vergleichenden Blick auf die westlichen Systeme Großbritanniens und Frankreichs beachtlich entkräftet werden. Das mag man so oder auch anders sehen, jedenfalls ist hier eine neue Monografie und Position am Markt, die an sich zu berücksichtigen wäre.

Die Kenner der Geschichte der DDR als Teil der deutschen Geschichte insgesamt mögen enttäuscht sein, wenn sie den Beitrag von Eckhard Jesse über deutsche Nationalsymbolik („Feiertage, Nationalfarben, Nationalhymnen“) rezipieren: Denn im Teil zur DDR fehlt völlig der Hinweis auf die einschlägigen Kämpfe, die es zwischen den beiden deutschen Staaten in der Arena des Sportes gab: Die gemeinsamen Olympiamannschaften von 1956 bis 1964, die nach der Einführung der sogenannten „Spalterflagge der DDR“ (schwarz-rot-gold nun mit Hammer und Zirkel in Ährenkranz) 1959 einer olympischen Sonderflagge mit den fünf olympischen Kreisen bedurften, schließlich der mühsame Konsens auf die Ode an die Freude aus Beethovens Neunter Sinfonie, weil sowohl die dritte Strophe des Deutschlandliedes als auch die Becher-Hymne der DDR für eine gemeinsame deutsche Olympiamannschaft nicht in Frage gekommen wären. Und das Thema ging natürlich weiter: Bis Ende der sechziger Jahre gab es bei allen möglichen Wettbewerben, etwa den Skisprungveranstaltungen auf bundesdeutschem Boden, heftige Konflikte um die sogenannte „Spalterflagge“, die möglichst nicht gezeigt wer-

den sollte. 1968 dann bereits zwei Mannschaften, aber noch mit denselben Symbolen, 1972 in Sapporo und München erstmals vollständig getrennt und ab 1992 auch in der olympischen Arena wiedervereint. Der Fußballfreund Jesse hätte vor diesem Hintergrund natürlich auch das Weltmeisterschaftsvorrundenspiel 1974 in Hamburg zwischen Bundesrepublik und DDR mit dem Sparwasser-Tor aufspießen können, als DDR-Flagge wie DDR-Hymne unbeanstandet präsentiert und gespielt werden konnten, ebenso wie dann ganz naturgemäß beim Honecker-Besuch 1987 in Bonn und anschließend in diversen westdeutschen Landeshauptstädten.

In Eberhard Diepgens Beitrag über die Rolle Berlins als deutsche Hauptstadt seit 1871 macht sich ein Defizit bemerkbar, das in vielen einschlägigen Beiträgen immer wieder auftritt: Es wird nicht ausreichend gesehen, dass das Deutsche Reich von 1871 auf deutschem bzw. mitteleuropäischem Boden bereits Vorläufer mit Zentralorten und konstitutiven Rollen gehabt hatte, wie überhaupt die Vorgeschichten nicht nur des Deutschen Bundes von 1815, sondern des 1806 untergegangenen Heiligen Römischen Reiches, also die Epochen vor der sogenannten „Sattelzeit“, mit ihren Bedeutungen für moderne deutsche Geschichte eben vielfach unterbelichtet bleiben. Das Heilige Römische Reich verfügte eben über eine ganze Reihe von politischen Zentralorten (Frankfurt am Main als Ort von Kaiserwahl und seit Beginn der Frühen Neuzeit Kaiserkrönung, Regensburg als Sitz des Ewigen Reichstages seit der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts, Mainz als Amtssitz des Erzbischofs und Reichserzkanzlers, schließlich Wien als Zentralort der fast ausnahmslos regierenden habsburgischen Dynastie). Das mag sich zunächst verstaubt lesen, allerdings gilt, kontrafaktisch argumentiert: Wäre 1949 nicht Bonn Bundeshauptstadt geworden, sondern Frankfurt am Main, nicht nur mit seinen histori-

schen Traditionen, sondern als Ort des Intellekts, der Verlage, der Banken und des zentralen deutschen Flughafens, so wäre möglicherweise 1991 die Abstimmung im Deutschen Bundestag über den Sitz von Bundestag und Bundesregierung nicht zugunsten Berlins, sondern zugunsten der traditionsreichen Kapitale am Main ausgegangen; wie wäre dieser Komplex dann heute zu bilanzieren?

Der Passauer Historiker Hans-Christof Kraus befasst sich in einem ebenso reflektierten wie kenntnisreichen Beitrag mit der angeblichen Stellung des Kaiserreiches als europäischer Halbhegemon – und in weiterer Perspektive wird er immer wieder, ja zusehends gefragt, ob diese Positionierung, so sie überhaupt Sinn macht, nicht auch auf das heutige EU-interne Deutschland zutrifft. Aus Sicht des Rezensenten werden die einschlägigen Potenziale des Kaiserreiches, ökonomischer Output wie Bevölkerungszunahme, in diesem Beitrag eher etwas zu gering veranschlagt, entscheidend sind aber andere Faktoren: Zum einen ist diesem Autor beizupflichten, wenn er den oft recht unbesehenen Begriff der „Hegemonie“ kritisch auf seinen Gehalt hin überprüft: Ein Hegemon ist eben kein Dominator wie einst die Sowjetunion, ein Hegemon steht in einem responsiven Verhältnis von Führung wie Anerkennung des Stellenwerts anderer Staaten in einem komplexen System; insofern müssen Hegemonie und Gleichgewicht auch nicht unbedingt einen Gegensatz darstellen. Das andere ist eben die Frage, ob Muster, die vor diesem Hintergrund für die Jahrzehnte des Kaiserreiches diskutiert werden, nicht auch auf die Rolle des heutigen Deutschlands im heutigen Europa anwendbar sind, ob gewollt oder ungewollt, ja vielleicht sogar ansatzweise auf die Geschichte der alten Bundesrepublik, die bei allen politischen Hypothesen und Einschränkungen ja ein beachtliches wirtschaftliches Schwergewicht wie Widerlager der amerikanischen Weltmacht auf dem europäischen Kontinent gewesen war.

Wenn zumal ein Sammelband mit ganz unterschiedlichen Beiträgen nicht nur Fragen, sondern auch Einwände provoziert, so ist darin im Ergebnis sehr viel mehr Lob als Tadel zu sehen. Bücher wie dieses sollen Themen ins Scheinwerferlicht rücken, die es verdienen, neu und gut erkennbar beleuchtet zu werden. Das Deutschland von heute bedarf einer fundierten historischen Vergewisserung. Dazu wird hier eine insgesamt wohlreflektierte Einladung ausgesprochen.

*Peter März*

**Reinhard Buthmann: Versagtes Vertrauen. Wissenschaftler der DDR im Visier der Staatssicherheit. Göttingen: Verlag Vandenhoeck & Ruprecht 2020, 1 180 Seiten, 140 Euro.**

Sine ira et studio – ohne Zorn und Eifer – zu schreiben gilt als Goldene Regel für Geschichtsschreibung und Wissenschaft. Aber keine Regel ohne Ausnahme: Die gilt für Reinhard Buthmann, der den Forschungsstand zu seinem Thema bisher durch „die Deutungsmacht ehemaliger Akteure aus der Wissenschaftslandschaft der DDR“ und deren „restaurative Tendenz“ geprägt sieht und dagegenhält: „Wenn der gegenwärtige Forschungsstand einigermaßen befriedigen könnte, wäre die vorliegende Untersuchung nicht notwendig geworden.“ Sein Eifer, dem eine „gesättigte empirische Darstellung“ gegenüberzustellen“, hat ihn dabei zu einer uferlosen Arbeit verleitet, die er für die Buchausgabe auf die Hälfte – immer noch 1 200 Seiten – verkürzt habe.

Auch sein Zorn ist nachvollziehbar, wenn er als ehemaliger Mitarbeiter – nicht „Akteur“ – am Institut für Kosmosforschung der Akademie der Wissenschaften der DDR deren Wissenschaftshistoriker Hubert Laitko – ehemals IM „Marquardt“ – mit dessen Darstellung zitiert: die SED habe auf den Wissenschaftsbetrieb Einfluß zu nehmen versucht „wie es andere politische Parteien in ihrem Zugriffsbereich ebenfalls getan“ hätten.

Buthmann, der 1972 aus der SED austrat und 1990 als Mitglied von „Demokratie jetzt“ am Runden Tisch teilnahm, beharrt dagegen auf der „engen, gesetzlichen und normativ festgelegten Liaison von SED und MfS auch im Bereich der Wissenschaften.“ Deren Folgen weist er in seiner akribischen Archivstudie nach, die ihren Schwerpunkt auf die Entwicklung von Naturwissenschaften und Technik in der Ära Ulbricht bis zu ihrer Stagnation unter Honecker legt und mit Fallbeispielen namhafter Wissenschaftler im Fadenkreuz der Staatssicherheit exemplifiziert.

Sein titelgebendes Schlüsselwort lautet „Versagtes Vertrauen“. Was es damit auf sich hat, lehrt ein Blick in die Erinnerungen Kurt Hagers (1996), der seit 1952 in wechselnden Positionen als Chefideologe der SED für die Wissenschaften zuständig war. Hager rühmt im Rückblick die Eigenentwicklung des Ringzonen-Kernreaktors Rossendorf bei Dresden. Doch „leider enttäuschte der Direktor des Instituts bald das in ihn gesetzte Vertrauen durch die Abwanderung in den Westen.“ Die ungenannte Unperson war der Atomphysiker, National- und Stalinpreisträger Heinz Barwich, dessen Konflikt mit Staats- und Wissenschaftspolitik der DDR Buthmann als Fallbeispiel ausbreitet. Als parteiloser Wissenschaftler besaß Barwich den Mut, eine kollektive Ergebnisadresse an Ulbricht zu verweigern, weil er nicht mit der gesamten Politik der DDR einverstanden sei. Er wolle „meine Meinungsfreiheit behalten.“ Von ihr machte er so ausgiebig Gebrauch, dass Konfidenten der Stasi seine Äußerung kolportierten, die Wissenschaftler würden „zu sehr kontrolliert und in politische Aktionen eingespannt.“

Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser! Von Markus Wolf erfuhr die Staatssicherheit, dass Barwich auch einen übereilten Ausbau weiterer Reaktoren und das geplante Atomgesetz der DDR ablehnte, das eine militärische Nutzung der Kernenergie offenließ. Seine Gewissensfrage habe er Grotewohl und Ulbricht brieflich vortragen und von Grotewohl keine, von

Ulbrichts Staatssekretär nur eine nichtssagende Antwort erhalten. Er selbst habe zehn Jahre in der Sowjetunion gelebt und „kenne den Ton der Parteihierarchie hinreichend.“ Er sei „schwer verärgert“ und erwäge deswegen, den Weltfriedensrat zu verlassen. Stattdessen verließ er 1964 die DDR. Wer hatte da wessen Vertrauen enttäuscht?

Walter Ulbricht, der immer Misstrauische, wusste genau, dass er für seine ehrgeizigen Pläne auf das Vertrauen „bürgerlicher“ Wissenschaftler angewiesen war, das er durch gute Besoldung und Privilegien erkaufte. Auch „gewendete“ ehemalige Nationalsozialisten konnte er brauchen, wie den Chemiker Peter Adolf Thiessen, der es vom Mitglied in Görings Reichsforschungsrat zum Vorsitzenden des Forschungsrates der DDR brachte. Wie Ulbrichts Günstling Manfred von Ardenne – auch er einst Mitglied im Reichsforschungsrat – war er einer der 1945 deportierten Rückkehrer aus sowjetischen Diensten, die für einen Verbleib in der DDR umworben wurden und deren noch schwächelndes wissenschaftliches Potential verstärkten. Die Devise der SED hieß materielle Bevorzugung und politische Entmachtung der alten Intelligenz. Deren Überwachung oblag der Staatssicherheit und ihren Spitzeln, die in Ardennes Klub der Intelligenz im Dresdner Lingnerschlösschen Augen und Ohren offenhielten. Ob seine Einrichtung eine bewusste Falle für allzu vertrauensselige Kollegen Ardennes war, bleibt bei Buthmann offen. Barwich jedenfalls mied den Klub, vorgeblich wegen Arbeitsüberlastung, und ironisierte ihn als Gelegenheit für weniger beschäftigte Kollegen und „unkontrollierte Gespräche“.

Dabei war das Vertrauen der Partei selbst in die wenigen Genossen unter den 1945 in der SBZ verbliebenen Wissenschaftlern ebenso gering. Der Physiker Robert Rompe, bis 1949 Leiter der Hauptabteilung für Hochschulen und Wissenschaft in der Zentralverwaltung der SBZ, erhielt im Zuge der Field-Affäre ein politisches

Funktionsverbot, bis er nach Stalins Tod rehabilitiert wurde und ins ZK der SED aufstieg. Der Chemiker Robert Havemann wiederum wurde – als bekennender Stalinist und GM der Staatssicherheit – später zum schärfsten Kritiker der SED und statutenwidrig aus der Wissenschaftsakademie ausgeschlossen.

Wie wenig Partei und Stasi den Wissenschaftlern vertrauten und dabei ihre Karrieren aus dem Hintergrund lenkten, belegt Buthmann mit Fallstudien aus drei naturwissenschaftlich-technischen Bereichen, in denen Wissenschaftler der DDR (Frauen kamen dort nicht vor) trotz ihres beschworenen „Weltniveaus“ an Eingriffen der Staatssicherheit scheiterten: Mikroelektronik, Raumforschung und – im Fall Barwichts – Kerntechnik. Ein Streiflicht gilt der ungeklärten Abbruchgeschichte der Flugzeugindustrie der DDR und ihrer Chefs Brunold Baade und Fritz Freytag nach dem Absturz eines Prototyps. Freytag, der zum IM gepresst worden war, entzog sich durch Flucht und wurde zum Sündenbock erklärt, Baade „antisowjetischer Einstellung“ beschuldigt. Er hatte den Sowjets Missachtung von Patentrechten und Desinteresse am Ankauf seiner DDR-Entwicklung („Baade 152“) vorgeworfen und wurde auf den Posten des Direktors eines Instituts für Leichtbau abgeschoben. Er starb 1969. Der von Mielke handschriftlich korrigierte Befehl zur Auflösung der DDR-Flugzeugindustrie legt nahe, dass sie nicht auf Anweisung der SED, sondern der Sowjetunion erfolgte.

Noch tragischer ist der Fall des Begründers der Mikroelektronik, Werner Hartmann, der 1970 sogar in das Nobelpreis-Komitee für Physik berufen wurde, als das MfS seine Karriere bereits zerstört hatte. Der Pionier seines Faches, dessen Strahlungsmessgeräte internationale Standards setzten, wurde 1974 auf Betreiben des MfS entlassen, das ihn im Lauf der Jahre mit drei „Operativen Vorgängen“ und wiederholten konspirativen Haussuchun-

gen überzogen hatte. Er sei, schrieb Mielkes Stellvertreter Mittag, ein „bürgerlicher Wissenschaftler mit einer antikommunistischen und antisowjetischen Grundhaltung“. Seine Klage wies das Arbeitsgericht ab, sein einstiger Kompagnon Ardenne und Staranwalt Kaul blieben für ihn untätig. Er führe, schrieb er vor seinem Tod 1968 erbittert, „ein Leben als Toter“.

Wie ihm schnitt das MfS auch dem Geophysiker und Generalsekretär der Wissenschaftsakademie Ernst Lauter alle internationalen Kontakte ab, weil es ihn verdächtigte, das sowjetische Projekt „Interkosmos“ zur kosmischen Meteorologie zu sabotieren und die Zusammenarbeit mit westlichen Partnern zu begünstigen. Die Entscheidung über seine Abberufung traf Erich Mielke persönlich. „Hätte man Lauter in seinem Tun nicht eingeschränkt und später beseitigt“, urteilt Buthmann, „dann hätte er wahrscheinlich Weltruhm nicht nur mit seinem Projekt SESAME erlangt, auch der Forschungsstandort Potsdam-Berlin-Warnemünde wäre rasch führend in der Welt geworden.“ Auch ihm unterstellte das MfS Vertrauensbruch und „negierende Haltung“ zur Akademiereform wegen seiner Kritik an Zentralisierung und Planifizierung der DDR-Wissenschaft und Vernachlässigung der Grundlagenforschung.

Eben die räumt Kurt Hager in seinen späten Erinnerungen selber ein, aber er entschuldigt sie mit der Überforderung der DDR-Wirtschaft, der Bevorzugung von Forschung und Entwicklungsabteilungen der Kombinate zulasten der Grundlagenforschung und der Vernachlässigung der materiell-technischen Basis der Forschung an der Akademie und den Hochschulen. Und man höre und staune: „Viertens wurden zwar die Beziehungen zur Wissenschaft der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder gefördert, aber die Beziehungen zu wissenschaftlichen Einrichtungen des Westens waren völlig unzureichend.“ Nicht enttäuschtes, sondern versagtes Vertrauen war der Ruin der DDR-Wissenschaft. Wie es dazu kam,

macht Reinhard Buthmann strukturell und personell nachvollziehbar – mit Zorn und einem Eifer, den man auch für die Lektüre braucht.

*Hannes Schwenger*

**Michail Gorbatschow „Was jetzt auf dem Spiel steht“. Aus dem Russischen von Boris Reitschuster. München: Siedler Verlag 2019, 186 Seiten, 18 Euro.**

Als Michail Gorbatschow 1985 an die Führungsspitze der damaligen Sowjetunion gerückt war, reagierte die Weltöffentlichkeit mit gemischten Gefühlen. Niemand hatte sich vorstellen können, dass die von ihm angekündigten Reformvorhaben nicht nur sein Land und Europa grundlegend verändern würden, sondern auch von weltpolitischer Bedeutung waren. Der Kalte Krieg war in der Folge seiner Politik ebenso beendet worden wie die sowjetische Herrschaft über Mittel- und Osteuropa. Zu Recht hat er für diese Leistung 1990 den Friedensnobelpreis erhalten.

Vor dem Hintergrund dieser bemerkenswerten politischen Bilanz hatten die Wortmeldungen zu aktuellen politischen Themen des früheren Generalsekretärs des ZK der Kommunistischen Partei der Sowjetunion in den vergangenen dreißig Jahren immer wieder für Aufmerksamkeit gesorgt. Zuletzt hatte der erste und letzte Präsident der UdSSR 2017 seinen dramatischen Appell an die Welt „Kommt endlich zur Vernunft – Nie wieder Krieg!“ veröffentlicht. Am 02. März 2021 feierte Michail Gorbatschow seinen 90. Geburtstag.

In seiner jüngsten Publikation, welche er als seinen „Aufruf und Frieden zu Freiheit“ versteht, stellt Michail Gorbatschow in fünf Abschnitten seine Gedanken zur gemeinsamen weltweiten Sicherheit vor. Zudem handelt er helllichtig Fragen einer verantwortbaren Politik in Zeiten zunehmender Globalisierung ab, wobei er sich der ökologischen Herausforderung ebenso widmet wie dem Phänomen populistischer

Strömungen oder auch der zunehmend vernehmbarer werdenden Weltreligion des Islam. In seinen abschließenden Überlegungen wendet er sich dem Verhältnis von Deutschland und Russland zu.

Selbstbewusst unterstreicht Gorbatschow, dass seine Reformpolitik in Russland eine tiefgehende Umgestaltung eingeleitet habe, die allerdings „auf halbem Weg steckengeblieben“ sei. Zugleich bedauert er nachdrücklich, dass der westliche Kapitalismus es nach der Implosion des „real existierenden Sozialismus“ versäumt habe, sich ebenfalls einem tiefgreifenden Umbau zu unterziehen, um für eine gemeinsame zukünftige Gestaltung der Welt gerüstet zu sein. Es ist legitim, wenn dabei besonders die Politik der USA in sein Blickfeld gerät, wird aber dann unglaublich, wenn er versäumt, die russische Außenpolitik kritisch zu analysieren. Dass bewaffnete Soldaten, noch dazu ohne Hoheitsabzeichen, wie auf der Insel Krim geschehen, die komplette Region eines souveränen Landes besetzen, hatte es in Europa bislang noch nie gegeben.

Es scheint, als schließe sich ein Kreis, und Gorbatschow greift wieder auf die bewährten Mechanismen einer sowjetischen Weltansicht zurück. Verantwortlich für die Krisen und Konflikte sind dann selbstverständlich in erster Linie die USA wie auch die NATO. In engagierter Weise plädiert Gorbatschow zu Recht für die Sicherheit seines Landes, welches sich in der sogenannten NATO-Osterweiterung „vor vollendete Tatsachen gestellt“ sah, zumal es auch um „Nachbarn ging, mit denen uns eine jahrhundertalte gemeinsame Geschichte verbindet“. Sein Verweis auf ein „enormes außenpolitisches Gedächtnis“ Russlands blendet jenes der unmittelbaren Nachbarn aus. Das Baltikum sowie die Länder Mittel- und Osteuropas wussten nur allzu genau, warum sie dem westlichen Verteidigungsbündnis angehören wollten.

Das offiziell geschürte Szenario einer internationalen Einkreisung durch feindliches Ausland hatte die Sowjetunion von

Beginn ihrer Herrschaft an begleitet. Nicht ohne Grund, denn die Bolschewisten waren sich darüber im Klaren, dass sie aufgrund eines Putsches an die Macht kamen und zu keinem Zeitpunkt durch demokratisch legitimierte Wahlen. Da lag es nahe, sämtliche Misserfolge den Gegnern innerhalb und außerhalb des Landes in die Schuhe zu schieben. Bis heute sind russische Staatsmedien davon imprägniert, „Verräter“, „Spione“ und „Feinde Russlands“ auszumachen. Obwohl Michail Gorbatschows Überlegungen sich von diesem Niveau deutlich abheben, fällt er mit seinen eindimensionalen Einschätzungen hinter jenes „Neue Denken“ zurück, welches von ihm und seinen Gefolgsleuten in den späten 1980er Jahren in Anspruch genommen wurde. Damals hatte die realistische Einschätzung des verheerenden Zustands der Sowjetunion zur Einsicht geführt, dass nur eine grundlegende politische Transformation das vollkommen heruntergewirtschaftete Land vor einem Kollaps bewahren kann.

Jener ideologische Sprung über den eigenen Schatten, welcher Gorbatschow und seinen Reformern mit den historischen Markierungen „Glasnost“ (Transparenz) und „Perestroika“ (Umbau) damals gelang, scheint für die heutige Führungsklasse einer russischen „Kleptokratie“ in weite Ferne gerückt zu sein. Dementsprechend kennzeichnen wirtschaftliche Stagnation, gesellschaftlicher Stillstand, maßlose Korruption und eine abenteuerliche Außenpolitik die derzeitige Situation in Russland.

Was dreißig Jahre nach dem Fall der Mauer und der Beendigung des Kalten Krieges wieder gebraucht würde, wäre ein Visionär im Kreml vom beherzten Mut eines Michail Gorbatschows der 1980er Jahre. Dass er für seine damaligen Leistungen im heutigen Russland als „Verräter“ eingeschätzt wird, bringt die tatsächliche Problematik ungeschminkt auf den Punkt. Für Russland, für Europa und den Frieden auf der Welt.

*Volker Strebel*